

### 3 Stätten des Gedenkens in Belarus: Chatyn und Maly Trostinec Teil 2: Maly Trostinec Jochen Fuchs, Janine Lüdke und Maria Schastnaya

### 10 Gedenken und Informieren Eine Wanderausstellung über die Wehrmachtjustiz Ulrich Baumann und Magnus Koch

18 Der deutsche »Viehwaggon« als symbolisches Objekt in KZ-Gedenkstätten Teil 1 Alfred Gottwaldt

32 Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Stellungnahme zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 22. Juni 2007

38 Ausschreibung Austausch- und Qualifizierungsprojekt für Nachwuchskräfte an Gedenkstätten für deutsch-israelische Bildungsangebote

- 41 Veranstaltungshinweise
- 45 Literaturhinweise

#### **Erratum**

Zu dem Aufsatz: Thomas Stöckle, Gedenkstätte Grafeneck - Dokumentationszentrum. Literaturangabe: Thomas Stöckle, Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland, Tübingen 2. Aufl. 2005 (2002).

# Stätten des Gedenkens in Belarus: Chatyn und Maly Trostinec

TEIL 2: MALY TROSTINEC

Jochen Fuchs, Janine Lüdke und Maria Schastnaya

Maly Trostinec liegt gut 10 km südöstlich vom Zentrum der Stadt Minsk, in einer erst seit einiger Zeit unter dem Namen Schabany nach Minsk eingemeindeten Wirtschaftszone. In einem in dieser Gegend errichteten Lager und in dem nahegelegenen Wald von Blagowshtchina<sup>1</sup> wurden zwischen 1941 und 1943 mehrere zehntausend Menschen auf unterschiedliche Weise ermordet. Die Zahl der Überlebenden dürfte bei etwa 20 gelegen haben.

Maly Trostinec als eine Gedenkstätte zu bezeichnen wäre angesichts dessen aktuellen Zustands mehr als übertrieben. Bestenfalls von Gedenkort könnte die rede sein. Dies ist angesichts der Geschichte des Ortes allerdings nicht leicht nachzuvollziehen.

#### Die Geschichte von Maly Trostinec

Nachdem die deutsche Wehrmacht Minsk in Besitz genommen hatte, errichtete sie am 19. Juli 1941 im Nordwesten der Stadt ein Ghetto. In dieses wurden alle noch verbliebenen 85 000 Minsker Juden hineingezwängt. Im November desselben Jahres traf der erste Transport mit Juden aus dem Deutschen Reichsgebiet in Minsk ein: er bestand aus 990 Juden aus Hamburg.

Ähnlich wie in anderen Lagern wurden die Deportierten auf dem Güterbahnhof in Minsk von SS-Männern empfangen. Um Panik zu vermeiden, wurde den Ankommenden mitgeteilt, sie würden auf Wohnungen in und um Minsk verteilt werden, müssten ihre Koffer zurück lassen, welche, so wurde versprochen, zu ihrer Entlastung mit Lastwagen transportiert werden würden. Auch ihre Ausweise, jegliches Geld und andere Wertsachen mussten die Ankommenden abgeben. Damit die Menschen keinerlei Verdacht schöpften und um weiterhin den reibungslosen Ablauf der Aktion zu gewährleisten, wurden für die eingezogenen Besitztümer Quittungen erteilt. Diese Vorkehrungen hatten ihre Wirkung; viele glaubten bis zum letzten Moment an eine Umsiedlung und waren sich in keiner Weise über ihr wahres Schicksal bewusst.

Von den ankommenden Transporten wurden kräftige Personen, darunter bevorzugt Handwerker, selektiert und – sofern sie nicht zum Arbeitseinsatz ins Ghetto Minsk verfrachtet wurden – nach Maly Trostinec geschickt. Diejenigen, die als nicht voll arbeitsfähig eingestuft worden waren, mussten auf Lastwagen steigen, die sie zur Erschießung in den Wald von Blagowshtchina brachten. Bei den Opfern handelte es sich hauptsächlich um Frauen, Kinder, Alte und Kranke.

Blagowshtchina und Maly Trostinec liegen 10 bis 12 km südöstlich von Minsk. Blagowshtchina liegt auf der linken Seite der Straße in Richtung Mogilew; gegenüber befindet sich das Dorf Maly Trostinec. Westlich des Dorfes lag die »Kolchose Karl Marx«. Diese hatte die Aufgabe, die Lebensmittelversorgung der deutschen Einheiten im Gebiet Minsk zu sichern. Das Gut, das etwa 200 Hektar groß war, betrieb Ackerbau und Viehzucht. Verschiedene Betriebe waren außerdem auf dem Gelände zu finden.

Um diese zu betreiben, setzte man Juden und sowjetische Kriegsgefangene ein. Anfangs mussten die Menschen in einer großen Scheune hausen; auch ehemalige Erdkeller der örtlichen Bauern dienten als Übernachtungsmöglichkeiten. Später mussten die Häftlinge Baracken für sich und ihre Bewacher bauen. Auf diese Weise entstand Anfang Mai 1942 das Lager Maly Trostinec auf dem Gutsgelände. Die feuchten Baracken beinhalteten dreistöckige Schlafkojen aus dicken, rohen Holzbalken. Die Häftlinge mussten auf Stroh schlafen und hatten weder Bettzeug noch Matratzen.

Das Lager wurde gut gesichert. Es war mit einem dreifachen Stacheldrahtzaun umgeben, wobei der mittlere Zaun elektrisch geladen war. Am Tor gab es ein Wachlokal; weiterhin hatte man an allen Ecken hölzerne Wachttürme errichtet, die rund um die Uhr besetzt waren. Ein im Lager fest installierter Galgen diente dem Zweck der Einschüchterung.

In den verschiedenen Betrieben mussten die Gefangenen die Habseligkeiten der Ermordeten sortieren, reinigen, ausbessern und verarbeiten. In einem Asphaltwerk wurde Belag für die Straße Minsk-Mogilew produziert. Diese führte am Lager vorbei bis zu den Baracken und musste von den Zwangsarbeitern beidseitig mit Pappeln bepflanzt werden. Sie wurde nach dem Kommandeur der Minsker Polizei und des Sicherheitsdienstes »Eduard-Strauch-Allee« genannt. Ein Teil dieser Strasse mit den inzwischen in die Jahre gekommenen Pappeln soll auch heute noch existieren.

Die Menschen kamen auf Lastwagen und mit Deportationszügen in Minsk an. Es waren mitunter mehr Menschen als die Schützen an einem Tag liquidieren konnten. Die Anzahl der zumindest vorübergehend ins Lager Eingewiesenen stieg derart, dass das ursprüngliche Lager bald nicht mehr ausreichte. Um dem Platzmangel abzuhelfen wurde ein zweites Lager errichtet. Auch dieses wies alle gängigen Sicherheitsvorkehrungen auf und war mit Stacheldraht umgeben. Das zweite Lager war von dem ersten isoliert. Schließlich wollte man nicht, dass die Zwangsarbeiter des Gutes mit den Menschen zusammentrafen, die einige Tage auf ihre Erschießung warten mussten.

Ab Mai 1942 fanden fast alle Exekutionen im Wald von Blagowshtchina statt. Zwischen Mai und Oktober 1942 trafen über 15 000 Juden – nicht nur aus dem Deutschen Reich (einschließlich des angeschlossenen Österreichs), sondern auch vor allem aus Polen und Frankreich – auf dem Güterbahnhof von Minsk ein. Die Sicherheitsdienststelle musste sich von der Wehrmacht und der Reichsbahn zusätzliche Lastwagen beschaffen, um den Transport der vielen Menschen gewährleisten zu können. Nachdem im Sommer der provisorische Bahnhof im Lager Maly Trostinec angelegt worden war, fuhren die Züge direkt auf das Gut. Der erste Transport, der in unmittelbarer Nähe des Gutes eintraf, war insgesamt gesehen der sechzehnte. Er kam am 10. August 1942 aus Theresienstadt an.

Am Bahnhof im Lager spielte sich die gleiche Prozedur wie zuvor in Minsk ab: nachdem die Arbeitsfähigen und die Handwerker ausgesondert worden waren, erfolgten die Wegnahme des Eigentums und anschließend der Abtransport der Übriggebliebenen. Bevor diese Menschen auf dem jenseits der Straße gelegenen Gelände getötet wurden, mussten sie sich entkleiden und ihre letzten Wertgegenstände abgeben. Danach gingen sie in Unterwäsche zu den 60 m langen und drei Meter tiefen Gruben. An diesen warteten bis zu 100 Männer des Sicherheitsdienstes und der Minsker Polizei, die die Menschen mit Genickschüssen umbrachten. Ein aus russischen Zwangsarbeitern bestehendes Sonderkommando hatte vorher die Gruben ausheben müssen (im Winter –



Denkmal an die 1944 bei der Befreiung der Stadt Minsk gefallene Soldaten der Roten Armee

wenn der Boden gefroren war – mussten die Gruben mit Dynamit herausgesprengt werden). Die mit Leichen gefüllten Gruben wurden durch das Sonderkommando mit Erde abgedeckt. Anschließend wurden die Massengräber mit Planierraupen oder Traktoren eingeebnet.

Zusätzlich zu den Erschießungskommandos setzte die SS vier Gaswagen im Minsker Gebiet ein. Diese Tötungsart sollte die Mordaktion beschleunigen und die psychische Belastung für die Schützen verringern. Bis zu 60 Menschen wurden in einen Gaswagen gepfercht, die Abgase wurden schon während der Fahrt oder vor den Gruben von Blagowshtchina ins Wageninnere geleitet. Der Todeskampf der Opfer dauerte bis zu einer viertel Stunde.

Einige wenige Juden bildeten ein weiteres Sonderkommando. Dieses musste unter strengster Bewachung die ineinander verkrallten Leichen aus den Gaswagen heraus ziehen und nach Wertsachen untersuchen. Doch selbst diese schreckliche Arbeit rettete den Angehörigen des Sonderkommandos nicht das Leben; sie wurden in regelmäßigen Abständen ebenfalls vergast.

Als die Wehrmacht Ende September 1943 Smolensk aufgeben musste, erkannte das Reichssicherheitshauptamt, dass die deutschen Truppen wohl auch den Minsker Raum nicht auf Dauer würden halten können. Den Sowjets sollte aber verborgen bleiben, dass die ehemalige Kolchose zu einem Ort des Massenmordes umfunktioniert worden

war. Die Beweise mussten beseitigt werden. Diese Aufgabe wurde dem speziell hierfür gebildeten »Sonderkommando 1005« übertragen. Die inzwischen zum Teil verwesten Leichen mussten aus den größeren Massengräbern herausgeholt und verbrannt werden. Die Gruben wurden anschließend wieder zugeschüttet. Diese Aktion wurde als »Enterdung« bezeichnet. Sie galt als »Geheime Reichssache«. Deshalb wurden die eingesetzten Kriegsgefangenen meist am Ende eines Arbeitstages umgebracht und ihre Leichen verbrannt.

Im Wald von Blagowshtchina wurden 34 Massengräber geöffnet, manche enthielten bis zu 5 000 Leichen. Die Asche der verbrannten Leichen wurde nochmals nach Wertsachen und nach Goldzähnen untersucht und anschließend als Dünger auf den Feldern verwendet. Als Ende Juni 1944 die Rote Armee kurz vor Minsk stand, bereiteten die

Gedenkstein



Deutschen eilig ihre Flucht vor. Die Gefangenen in den Lagern und Gefängnissen schöpften Hoffnung. Doch die Rote Armee war nicht schnell genug. Am 28. Juni 1944 befahl der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Minsk die Exekution aller noch lebenden 6 500 Gefangenen der Gefängnisse in der Wolodarski Straße und in der Schirokaja Straße. Sie sollten in der Scheune von Maly Trostinec erschossen und danach samt Gebäude verbrannt werden.

Die Erschießungen fanden zwischen dem 28. und dem 30. Juni 1944 statt. Die ersten Opfer mussten sich, bevor sie erschossen wurden, auf eine Lage Feuerholz hinlegen. Ihre Leichen wurden anschließend mit einer Lage Feuerholz bedeckt; dann musste die nächste Gruppe auf den so stetig anwachsenden Scheiterhaufen klettern und wurde ebenfalls erschossen. Dies wurde so fortgeführt bis die letzte Schicht von Toten das Dach der Scheune erreicht hatte; 6.500 Leichen waren dort gestapelt. Dann wurde das Gebäude in Brand gesteckt. Am 30. Juni 1944 verbrannten die Deutschen alle noch vorhandenen Einrichtungen des Lagers. Als am 4. Juli 1944 sowjetische Truppen Maly Trostinec erreichten, waren die brennenden Scheiterhaufen noch sichtbar.

Unmittelbar nach der Befreiung untersuchte eine Außerordentliche Staatliche Kommission das Vernichtungslager Maly Trostinec. Unter anderem protokollierten die Kommissionsmitglieder die Maße der 34 Gruben im Wald von Blagowshtchina. Gesicherte Angaben über die Gesamtzahl der Opfer gibt es jedoch nicht. Laut abschließendem Bericht der Kommission, die die Gesamtzahl der Getöteten zunächst auf über eine halbe Million schätzte, betrug sie 206.500 Menschen. Die erst in jüngster Zeit erfolgte Auswertung von Archivmaterialien lässt allerdings vermuten, dass die Opferzahl noch höher lag.<sup>3</sup>

#### Der Gedenkort Maly Trostinec heute

Unabhängig von der an fast keinem Ort nationalsozialistischer Verbrechen leicht zu beantwortenden Frage nach der exakten Gesamtopferzahl muss im Falle von Maly Trostinec festgehalten werden, dass nur an ganz wenigen Orten mehr Menschen als im Umfeld dieser ehemaligen Kolchose bei Minsk ermordet wurden. Keine dieser Stätten

befindet sich auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Manche Forscher nennen deshalb Maly Trostinec in einem Atemzug mit Auschwitz, Majdanek und Treblinka. Es verwundert um so mehr – insbesondere angesichts der höchst unterschiedlichen Opferzahlen –, dass es im Umfeld des ehemaligen Vernichtungslagers bis heute so wenig, an der Stelle des niedergebrannten Dorfes Chatyn allerdings so viel zu sehen gibt.

Nähert man sich dem ehemaligen Lagergelände von Minsk her, so ist lediglich in dessen Nähe ein schlichter Gedenkstein zu entdecken. Eine irgendwie geartete Kennzeichnung des historischen Ortes oder auch der Gräberfelder im Wald von Blagowshtchina fehlt völlig. Sie stehen allerdings durch ihre staatliche Anerkennung als Denkmale wenigsten unter einem gewissen Schutz vor Eingriffen und Veränderungen. Der Gedenkstein wurde bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre des vergangenen

Aktuelle Mitnutzung des Geländes

Jahrhunderts errichtet und seither hat man sich anscheinend darauf beschränkt, seine Umfriedung sowie die zu ihm gehörende Blumenrabatte in Stand zu halten. Im Vergleich zu diesem Gedenkort wirkt selbst das ca. zwei Kilometer entfernt gelegene Säulenarrangement<sup>4</sup>, das an den Sieg über die deutschen Faschisten sowie an die dabei in der Umgebung des Lagers gefallenen Rotarmisten erinnert, pompös – und dies, obwohl dieser Ort inzwischen hauptsächlich als Kuhweide genutzt zu werden scheint.

Nicht unterschlagen werden soll allerdings, dass es in dem im Zentrum von Minsk angesiedelten »Museum des Großen vaterländischen Krieges« zumindest eine Maly Trostinec gewidmete Abteilung gibt, deren Mittelpunkt ein das Geschehen am historischen Ort darstellendes Diorama bildet. Ferner befindet sich an der Stelle des ehemaligen Minsker Ghettos eine den Zug der Bewohner in den Tod darstellende Skulptur. Bedenkt man, dass ihre Ermordung meistens in Maly Trostinec und in der Umgebung stattfand, kann die Skulptur in Verbindung mit diesem Vernichtungslager gebracht werden.



#### Zukünftige Perspektiven für Maly Trostinec als Gedenkstätte

Dass sich an der hier geschilderten Situation der ans Vergessen grenzenden Vernachlässigung dieser Stätte des Massenmordes in nächster Zeit etwas ändern soll, war zumindest im April 2006 vor Ort nicht ersichtlich. Pläne hierfür liegen allerdings vor. So wurde Anfang 2001 auf Initiative der Minsker Stadtverwaltung ein Planungskomitee gegründet, das die Errichtung einer Gedenkstätte in Maly Trostinec vorbereiten soll. Im darauffolgenden Jahr beschloss die nationale Regierung das Dekret Nr. 654, welches die Umsetzung solcher Pläne grundsätzlich befürwortete.<sup>5</sup>

Ob dies allerdings, so wünschenswert es auch sein mag, in absehbarer Zeit gelingen wird, steht wohl eher in den Sternen. Jedenfalls stellte die in dieser Sache engagierte Natallia Yatskevich in einem Artikel über Maly Trostinec abschließend fest, dass »die Realisierung eines so großen Projekts von internationaler Bedeutung für Belarus allein schwierig sein [wird]« und insofern »Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen, aus Weißrussland und der ganzen Welt, (...) daher willkommen [sind]. Auch die finan-

zielle Beteiligung anderer Staaten – insbesondere derjenigen, deren Bürger in Trostinec begraben liegen – ist erwünscht.«<sup>6</sup>

Im Jahre 2005 fand ein Architekturwettbewerb unter dem Titel »Leonardo 2005« statt. Das Konzept der Gewinner – die drei Architekten A. Zajcev, G. Nasedkin und D. Sokolov und der Bildhauer A. Prochorov – sieht die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Maly Trostinec an dem Ort vor, wo die Häftlinge auf dem Weg zu der Stätte ihrer Ermordung entlang marschieren mussten. Ein zentrales Monument ist nicht geplant. Vielmehr wollen die Künstler – vergleichbar eventuell mit einer traditionellen Kreuzwegkonzeption – den Ort als solchen so gestalten, dass der Besucher sich quasi auf die Spuren der Opfer vom eigentlichen Lager zur Vernichtungsstätte setzt und verschiedene Stationen passiert, die die Phasen des detzten Weges symbolisieren.

Detail des Denkmals



Als erste Station ist eine Eintrittsgruppe vorgesehen, bei der – übrigens im Gegensatz zu Chatyn – das Kreuz nicht fehlt. Auf dem ersten Teil des Weges sollen nach den Vorstellungen der Gewinner des Wettbewerbs die Besucher auf einem Säulenweg zunächst eingestimmt werden. Dieser Weg führt weiter zu der Stelle, wo der Abschied von der materiellen Welt und ihren Werten stattfand, wobei dies damals nicht allen dorthin gebrachten Menschen bewusst war.

Der Übergang in die jenseitige Welt symbolisiert eine Brücke, die quasi das »Wasser des Styx«<sup>8</sup> kreuzt. Die Brücke ruht auf Pfeilern, die Kreuze darstellen. Man folgt dem Weg entlang des »fallenden Wassers« hinab zum Museums- und Informationsgebäude, das sich auf der Höhe des einstigen, historischen Bodenniveaus befindet, steigt mithin quasi hinab, um die historischen Tatsachen in Augenschein zu nehmen.

Die nächste Station, die an eine Orgelformation erinnert, soll sowohl für die Tragödie – quasi in Form von emporsteigenden Seelen der einzelnen Opfer – als auch für die aus eigener Kraft gelungenen Befreiung des Kollektivs, das einer lichten Zukunft entgegengeht, stehen. Die Orgelpfeifen werden so installiert, dass der Wind auf ihnen ein Requiem erzeugt, dessen Töne

dem Rauschen von Schilf entsprechen sollen.

Danach folgt der Besucher einer Kolonnade, die zu einem geschlossenen Raum führt, gewissermaßen einem Raum der Besinnung, der als Gegengewicht zu dem auf der anderen Seite liegenden offenen Raum mit Brückenfunktion fungieren soll und in Kontrast zu ihm steht.

Dem an der einen Wand des Raumes entlang fließenden Wasser folgt eine Pappelallee. Der Besucher passiert eine auf dem jenseitigen Ufer des Wasserlaufs befindliche Mauer, auf welcher die Namen von Opfern der deutschen Okkupation verewigt sind und die unter der Bezeichnung »Wand der Buße, der Trauer und der Einsicht« firmiert.

Der Gedenkkomplex soll nach der vorliegenden Planung um einige reine Zweckbauten ergänzt werden. Auffällig und unter Umständen befremdlich – insbesondere eingedenk der jüngsten Kontroversen um religiös besetztet Symbole, nicht zuletzt auf dem Gelände von Auschwitz-Birkenau – ist die so übermäßig starke Präsenz christlicher

Kreuze: auffällig insofern, als auf dem Gedenkstättengelände in Chatyn darauf praktisch völlig verzichtet wurde; befremdlich, weil die Mehrzahl der Ermordeten nicht einer Religion angehörten, bei der das Kreuz eine zentrale Rolle spielen würde.

Die Realisierung einer Gedenkstätte – ob nun in der hier vorgestellten oder in einer anderen, noch zu definierenden Form – wird auch von der »Internationalen Gesellschaftlichen Vereinigung Gedenkstätte Maly Trostinec« betrieben. Deren Vertreterin Olga Pavlova stellte im Frühjahr 2006 allerdings fest, bislang existiere noch kein konkreter Finanzierungsplan. Man befinde sich allerdings nicht nur mit dem Kultus- sondern auch mit dem Finanzminister in Kontakt und hoffe auf eine positive Entscheidung in dieser Sache. Ein konkreter Zeitplan hierfür sei allerdings noch nicht zu nennen.

In Anbetracht der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Bemühungen um die Schaffung einer würdigen und dem Ausmaß der an diesem Orte begangenen Verbrechen angemessenen Gedenkstätte ist es zu wünschen, dass die von Olga Pavlova geäußerte Hoffnung bald in Erfüllung geht. Vielleicht wäre es möglich, die bislang in der Bundesrepublik nicht selten anzutreffende Ignoranz in Bezug auf die östlich des Bug gelegenen Gedenkstätten abzubauen, auch diejenige Orte, die bislang zu den Vergessenen gezählt haben, in verstärktem Maße ins Blickfeld zu rücken und sie mit einem Besuch zu ehren. Dies gilt nicht nur, aber auch für Chatyn und Maly Trostinec.

Prof. Dr. Dr. Jochen Fuchs ist Jurist und Politologe und lehrt als Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Janine Lüdke studiert am Fachbereich Sozialund Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Maria Schastnaya ist Absolventin der Fakultät für Geschichte der Staatlichen Universität Weißrusslands in Minsk.

- 1 Mitunter auch Blagowschtschina bzw. Blagowtschina.
- 2 Um die Dokumentation der Geschichte des Ortes haben sich vor allem Paul Kohl sowie das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund verdient gemacht. Vgl. insofern zum Folgenden in erster Linie Paul Kohl, Das Vernichtungslager Trostinez Augenzeugenberichte und Dokumente, Dortmund 2003; ders., »Ich wundere mich, dass ich noch lebe« Sowjetische Augenzeugenberichte, Gütersloh 1990; ders., Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941–1944: sowjetische Überlebende berichten, Frankfurt/M. 1995, sowie: Orte der Vernichtung in Belarus die Geschichte des Vernichtungslagers Trostinez und des Ghettos Minsk, Dokumentation einer Tagung des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund und der Evangelischen Akademie Iserlohn im Mai 2002, hrsg. v. Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund 2003.
- 3 Vgl. Paul Kohl, Trostinez das Vernichtungslager bei Minsk. In: »Existiert das Ghetto noch?« Weißrussland: Jüdisches Überleben gegen nationalsozialistische Herrschaft, hrsg. v. Projektgruppe Belarus im Jugendclub Courage Köln e.V., Berlin/Hamburg/Göttingen 2003, S. 234, (249).
- 4 Dieses Denkmal ähnelt in seinem Erscheinungsbild in etwa dem Gedenkensemble, welches einst in Fürstenberg zur Erinnerung an die bei der Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück umgekommenen Sowjetsoldaten errichtet wurde, wobei es insgesamt allerdings etwas kleiner ausgefallen ist.
- 5 Natallia Yatskevich, Zur Gründung einer Gedenkstätte in Trostinez. In: »Existiert das Ghetto noch?«, a. a. o., S. 246.
- 6 Hierzu zählen die BRD, Österreich, die Tschechische Republik und Russland sowie einige GUS-Staaten.
- 7 Vgl. hierzu www.ais.by/content/view/719/125/ (Zugriff: 09.11.2006) sowie den Aufsatz der Architekten A. Zajcev, G. Nasedkin und D. Sokolov erschienen am 28.12.2005 unter dem Titel »Gedenkstätte »Trostinec«« im Heft Nr. 172 (bzw. Nr. 6/2005) der zweimonatlich herausgegebenen

## Gedenken und Informieren

EINE WANDERAUSSTELLUNG ÜBER DIE WEHRMACHTJUSTIZ

Ulrich Baumann und Magnus Koch

Am 22. Juni 2007 wurde die Wanderausstellung »Was damals Recht war ... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht« in der Berliner St. Johannes-Evangelist-Kirche eröffnet. Die von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas initierte Präsentation erinnert an weit mehr als 20 000 Soldaten und Zivilisten aus nahezu ganz Europa, die durch Unrechtsurteile der deutschen Wehrmachtgerichte umkamen.

Die besondere Herausforderung des Projektes liegt in seiner doppelten Funktion als historische Ausstellung und Gedenkort. Für die Verurteilten der Wehrmachtjustiz interessierte sich in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende kaum jemand. Das Schweigen war dabei weitgehend mit Geringschätzung oder gar Feindschaft gleichzusetzen. Erst Mitte der 1980er Jahre setzten sich in der Bundesrepublik Gruppen der Friedensbewegung, Geschichtswerkstätten und Parteien zunächst vor allem für die Belange der Deserteure ein. Die in Zeitungen und auf der Straße oft hitzig geführte Debatte polarisierte die Menschen: Für die einen waren Fahnenflüchtige der Wehrmacht lediglich »Feiglinge« oder »Verräter«, für die anderen »pazifistische Helden«. In vielen Städten forderten örtliche Initiativen Deserteursdenkmäler – als sichtbares Zeichen der Abgrenzung gegenüber Traditionen des deutschen Militarismus. In den 1980er Jahren gab es noch eine gesellschaftlich tiefer verankerte Auffassung, nach der die Wehrmacht weitgehend sauber geblieben war. Entsprechend galten (und gelten heute immer noch) für viele diejenigen, die sich von ihr abgewandt hatten, als ehrlos. In diesen Zeiten extremer politischer Polarisierung wurde auf der Gegenseite Desertion häufig als im Prinzip einzig legitimes Verhalten in einem verbrecherischen Krieg benannt.

Die wissenschaftliche Erforschung setzte im Zuge dieser Auseinandersetzungen ein und erst nach und nach differenzierte sich das Bild: hinsichtlich verschiedener Verweigerungsformen, hinsichtlich der Erfahrungen und Motive der Akteure und damit auch, was die politische Bewertung ungehorsamer Handlungen anbelangt. Es entstanden meist regionalgeschichtlich orientierte Studien, die – auch wegen der schlechten Quellenüberlieferung – oftmals Interviews mit Zeitzeugen einbezogen.<sup>2</sup> Diese bedeuteten ebenso ein ehrendes Gedenken wie bis heute fortdauernde Initiativen für Denkmäler<sup>3</sup> oder Benennungen von Straßen nach einzelnen Verurteilten. In diesem Zusammenhang spielen auch die Dokumentations- und Informationszentren in Torgau und Papenburg eine wichtige Rolle. An diesen historischen Stätten der Verfolgung wird in Ausstellungen, zum Teil mittels biographischer Darstellungsweisen, an die Verurteilten der Wehrmachtjustiz erinnert; gleichzeitig gehen über wissenschaftliche Projekte von hier aus wichtige Impulse für die weitere Erforschung des Themas aus.<sup>4</sup>

Erst im Mai 2002 hob der Deutsche Bundestag die meisten Urteile der Wehrmachtjustiz des Zweiten Weltkrieges auf – ein Ergebnis langer und zäher gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen.<sup>5</sup> Fünf Jahre nach dieser Entscheidung erinnert nun eine Ausstellung an die Verurteilten deutscher Kriegsgerichte. Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas hat den gesetzlichen Auftrag, allen Opfergruppen der NS-Herrschaft zu gedenken. Dazu gehören auch die von Wehrmachtgerichten verur-



teilten Menschen. Insbesondere die seit der ersten »Wehrmachtsausstellung« angestrengten Forschungen haben neue Fragen auch über diese Akteure aufgeworfen; unter ihnen befanden sich nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten, meist Widerstandskämpfer aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Eine besondere Herausforderung ist dabei die Heterogenität dieser Personengruppe.

Auftaktpräsentation der Wanderausstellung in Berlin. Quelle: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Die zum Tode, zu Gefängnis- oder zu Zuchthausstrafen verurteilten Soldaten gehörten einer Armee an, die vor allem im Ost- und Südosteuropa einen verbrecherischen Angriffskrieg geführt hatte. Eine Ausstellung, die Soldaten gedenkt, die innerhalb dieses Krieges zu Opfern wehrmachtgerichtlicher Spruchpraxis wurden, hat gleichzeitig zu zeigen, wie diese Menschen zuvor gehandelt und wie sie gedacht hatten. Im Folgenden werden wir Konzept und Inhalt der Präsentation skizzieren und dabei vor allem auf die gedenkpolitischen Probleme und Herausforderungen eingehen.

Zwischen 1939 und 1945 überzog das Deutsche Reich, unterstützt durch seine Verbündeten, Europa mit einem Ausbeutungs- und Vernichtungsfeldzug. An dessen Ende hatten etwa 35 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Die Justiz der Wehrmacht war ein wichtiges Werkzeug der politischen und militärischen Führung zur Durchführung dieses Krieges. Mit einer regelrechten Flut von Prozessen bekämpfte die Wehrmacht jede Form der Abweichung. Die Militärrichter verhängten mit zunehmender Kriegsdauer immer härtere Strafen; viele davon wurden zur »Frontbewährung« ausgesetzt. Insgesamt führte die Wehrmachtjustiz vermutlich weit über eine Millionen Gerichts-

verfahren durch. Die ausgesprochenen Todesurteile machten dabei weniger als ein Prozent aller richterlichen Entscheidungen aus. Die große Mehrzahl der Prozesse wurde wegen kleinerer Delikte wie Wachvergehen oder Diebstahl geführt. Wie viele Soldaten durch die Folgen des Strafvollzugs in Lagern oder in Straf- und anderen Sondereinheiten umkamen, ist erst ansatzweise erforscht.<sup>6</sup>

Die Zuständigkeit deutscher Militärgerichte erstreckte sich bei bestimmten Delikten auch auf Zivilisten in den von deutschen Truppen besetzten Ländern. Wehrmachtjuristen saßen zudem über Kriegsgefangene der alliierten Armeen zu Gericht. Gegen Angehörige dieser beiden Gruppen ergingen weitere 7 000 bis 10 000 Todesurteile – wie viele davon vollstreckt wurden, ist ebenfalls weitgehend unbekannt.

Die besondere Dimension der deutschen Urteilsbilanz zeigt der vergleichende Blick auf den Umgang mit der wichtigsten Gruppe von Verurteilten, den Deserteuren in beiden Weltkriegen: Zwischen 1914 und 1918 ließ die Militärjustiz der Armeen der Bundes-





staaten des Deutschen Kaiserreiches 48 Soldaten wegen Fahnenflucht hinrichten; während des Zweiten Weltkrieges waren es 15 000. Die US-Armee vollstreckte zwischen 1941 und 1946 ein einziges Todesurteil gegen einen Fahnenflüchtigen.<sup>7</sup>

Aufgrund des gesetzlichen Auftrags an die Stiftung setzt die Wanderausstellung einen Schwerpunkt auf Biographien von Menschen, gegen die schwerste Strafen verhängt wurden. Herzstück der Wanderausstellung sind Lebensgeschichten von Verurteilten, die ihr Leben unmittelbar durch Gerichtsbeschluss verloren oder an den Folgen von Lagerhaft oder Bewährungseinsätzen starben. Daneben werden auch Lebensläufe Einzelner präsentiert, die das Justizsystem der Wehrmacht nur mit viel Glück überlebten. Die Ausstellung setzt diese biographischen Darstellungen in einen komplexen Bezug zur Geschichte der Wehrmachtjustiz im Zweiten Weltkrieg und gibt erstmals ein umfassendes Bild der verbrecherischen Dimension der Wehrmachtgerichte. Neben dem zentralen Bereich der »Fallgeschichten« spannt sie in sechs weiteren thematischen Schwerpunkten den Bogen von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart. In den Ausstellungsteilen »Geschichte der Militärjustiz zwischen 1871-1939«, »Wehrmachtjustiz im Zweiten Weltkrieg«, »Bilanz des Justizsystems«, »Auslegung der Rechtsnormen«, »Richter und Gerichtsherren« sowie »Kampf um Rehabilitierung« werden die dramatischen Entwicklungen, Ausmaß und Folgen der Spruchpraxis deutscher Militärgerichte verdeutlicht. Die Vermittlung komplexer historischer Zusammenhänge bei gleichzeitigem Gedenken

an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung machte es notwendig, die Dokumente der »Täter« den selten erhaltenen Selbstzeugnissen der Verurteilten gegenüberzustellen. Bereits als Einstieg begegnen dem Besucher bruchstückhafte Sprachformeln, wie: »biologisch minderwertig«, »Aufrechterhaltung der Manneszucht« und »Volksschädling«. Diese kennzeichnen die stets wiederkehrenden Begriffe aus Urteilen.

Auf der Rückwand, gewissermaßen als Kehrseite des damaligen Systems, werden Abschiedsbriefe von zum Tode verurteilten Soldaten und Zivilisten gezeigt. Es sind die letzten Worte derer, die die Unrechtssprechung der Militärjustiz nicht überlebten. Sie stehen beispielhaft für mehr als 20 000 ermordete Menschen.

Eine Wand im vorderen Ausstellungsteil zeigt, dass sich das Wirken der Wehrmachtjustiz nur unter Berücksichtigung ihrer Vorgeschichte erschließt. In dem von Preußen dominierten deutschen Kaiserreich diente der Offizier als männliches Leitbild; der autoritäre Charakter der preußischen Armee prägte die Gesellschaft, was sich auch in Protraitfotos des Matrosen Kurt Hoppe, zum Tode verurteilt wegen Fahnenflucht, des Leutnants zur See Oskar Kusch, hingerichtet wegen »Wehrkraftzersetzung«, des Strafsoldaten Franz Scheider, hingerichtet wegen »Kriegsverrat«. Quellen: Nachlass Kurt Hoppe, Bremen; Privatarchiv Freiherr von Luttitz, Weyarn; Albert Mainz, »Deutsche Schande auf griechi-







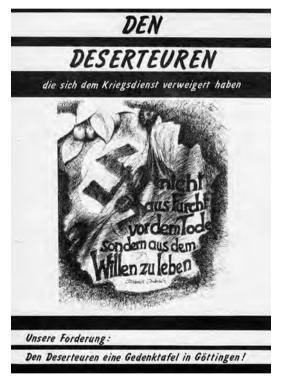
den Bestimmungen des Militärrechts niederschlug. Die Entscheidungen der deutschen Militärjustiz fielen im Ersten Weltkrieg dennoch nicht härter aus als bei der britischen oder französischen Armee.

In Verkennung der eigentlichen Ursachen wurde die Niederlage im Ersten Weltkrieg so genannten Zersetzern und Pazifisten angelastet. In Übereinstimmung mit der Militärjustiz verschärfte der NS-Staat daher das deutsche Militärstrafrecht. Es sollte zur wichtigen Waffe im »totalen Krieg« werden.

Den zentralen Bereich der Ausstellung bilden, wie bereits erwähnt, die exemplarischen Fallgeschichten von 14 Verurteilten. Deren Lebensläufe sind auf elf Stelen dokumentiert. Bargestellt sind die Geschichten von Soldaten und Zivilisten, Männern und Frauen aus Deutschland, Polen und Frankreich. Die Stelen sind in der gesamten Ausstellung verteilt. Die Besucherinnen und Besucher werden so, beim Durchlaufen der Ausstellung, auf unterschiedlichen Pfaden immer wieder mit häufig nur bruchstückhaft überlieferten Lebensgeschichten konfrontiert. Die Motive für das Handeln, das zur Anklage führte, lassen sich heute nicht immer eindeutig benennen. So konnten sie etwa bei Deserteuren von der Sorge um die eigene Familie über die Angst vor Bestrafung bis hin zur Kriegsmüdigkeit reichen – oder in einer politischen Widerstandshaltung begründet sein. Die Fallgeschichten stellen keine phänomenologisch erschöpfende und schon gar keine repräsentative Auswahl dar. Sie sollen ein breites Spektrum von Handlungsweisen,

Motiven und biographischen Hintergründen zeigen. So erhalten die Besucher einen Einblick in die Spruchpraxis der NS-Militärjustiz. Zudem verdeutlichen die Fälle die Verschärfung und die Willkür der Urteilssprechung.

Im Mittelpunkt der Erzählungen stehen die Verfolgungsgeschichten, insbesondere der Verlauf der einzelnen Verfahren, denen die Angeklagten ausgeliefert waren. Die Präsentation stellt die Verurteilten der Wehrmachtjustiz allerdings nicht ausschließlich als machtlose Objekte einer zentral gesteuerten Justizmaschinerie dar, sondern nimmt sie stets auch als handelnde Menschen in den Blick. So werden die vorgestellten Wehrmachtssoldaten als Angehörige einer Armee gezeigt, die mithalfen, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu führen. Soweit es die Quellenlage erlaubt, wird ihre individuelle Beteiligung an Kriegshandlungen angesprochen. So befehligte der 1944 hingerichtete U-Bootkommandant Oskar Kusch im Atlantik die Versenkung alliierter Schiffe, wofür er hohe Kriegsorden erhielt. Der später zum Tode verurteilte Matrose Kurt



Flugblatt der Göttinger Gruppe »Reservisten verweigern den Kriegsdienst«. 1990 wurde das auf dem Flugblatt abgebildete Motiv nach langen Auseinandersetzungen an einem ehemaligen Kasernengebäude in Göttingen angebracht. Quelle: Privatarchiv Eckhard Stedeler, Göttingen Hoppe bekam ebenfalls ein Eisernes Kreuz zweiter Klasse verliehen, weil er sich durch besonders mutigen Einsatz bei einem Minenräumeinsatz hervorgetan hatte. In einer wohl besonders dramatischen Situation befand sich der ehemalige Dachau-Häftling und Münchner Kommunist Franz Scheider als Angehöriger einer Strafeinheit in Griechenland.<sup>9</sup> Als Fahrer des Kommandanten war er kurz nach seiner Überstellung auf den Peloponnes möglicherweise an der Zerstörung eines Dorfes beteiligt. Scheider zog daraus allerdings offenbar die Konsequenz, Kontakte mit den Partisanen aufzunehmen; hierfür wurde auch er hingerichtet.

Die Ausstellung will ein komplexes Bild handelnder Personen zeichnen – und dies auch nicht nur für die Zeit des Krieges selbst: Einem Konzept konsequenter Personalisierung folgend werden die Vor- und zum Teil die Nachkriegsgeschichten der Akteure in den Blick genommen.

Diese Vorgehensweise gilt ebenso für die Richter, die im Zusammenhang mit einer Übersicht über das »System« der Wehrmachtjustiz vorgestellt werden. Anhand der Fallgeschichten von vier Justizbeamten und eines Gerichtsherren werden verschiedene Verhaltens-

weisen dargestellt. Auch hier kommen Grauzonen und Uneindeutigkeiten zum Vorschein: Richter in unterschiedlichen Positionen der militärischen Hierarchie, die meist besonderen Karriere- und Verfolgungseifer zeigten, sich manchmal allerdings auch um Mäßigung bemühten; und auch ein Richter, der sich weit mehr vom vorherrschenden Prinzip »Recht ist, was der Truppe nützt« abzugrenzen versuchte. Die Präsentation zeigt also beides: die Verurteilten einerseits, die zwar zu Opfern der Militärgerichtsbarkeit wurden, dem Nationalsozialismus allerdings zuvor nicht immer ablehnend gegenüberstanden sowie die Akteure aus dem Justizapparat anderseits, die aus unterschiedlichen Motivlagen heraus versuchten, die bestehenden Bestimmungen besonders hart oder aber auch im Sinne der Angeklagten auszulegen. Diese Darstellung hat in Bezug

auf die Präsentation der Justizbeamten der Wehrmacht nicht etwa eine Verharmlosung der fürchterlichen Urteilsbilanz der Wehrmachtjustiz zum Ziel. Die oben genannten Opferzahlen sprechen für sich. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die meisten Richter bereit waren, auch schwerste Strafen zu verhängen. Grundlage hierfür war nicht nur der für die Wehrmachtsführung traditionsbestimmende Mythos von angeblichen »Zersetzern«, die schon im Ersten Weltkrieg wesentlich für die deutsche Niederlage mitverantwortlich gemacht wurden. Korpsgeist, Karrierestreben und ein vermutlich hohes Maß an Übereinstimmung mit den politischen und militärischen Zielen der NS-Führung dürften weitere Gründe für eine immer radikaler urteilende Richterschaft sein. <sup>10</sup> Im Verlauf des Krieges gaben zudem immer schärfere Gesetze und Bestimmungen den Richtern weitreichende Möglichkeiten, jede Form von Widersetzlichkeit rücksichtslos zu verfolgen.

Bei der Darstellung von Richtern und Verurteilten geht es also vielmehr um Tiefenschärfe. Die Gemengelage unterschiedlicher Motivlagen und Verhaltensweisen wird

der Komplexität historischer Alltage viel eher gerecht als grobe Zuordnungen von »gut« und »böse«. Diese Präsentation von Handeln und Deuten in der Ausstellung verweist zudem auf die prinzipielle Offenheit des historischen Prozesses. Die Akteure hatten in unterschiedlichen Phasen ihrer Lebensläufe – wenn auch keine beliebig weiten – Handlungsspielräume.

Neben biographischen Profilen zeigt die Ausstellung allerdings auch die rechtlichen Grundlagen: die Entwicklung des materiellen Rechts sowie Topographie und System eines Strafvollzugs, der durch die Prinzipien Abschreckung, Sühne und »Erziehung« geprägt war. Leitlinie waren auch hier sogenannte Kriegsnotwendigkeiten. Wirken und Verantwortung der Wehrmachtjustiz erschöpft sich innerhalb der Ausstellung nicht allein in ihrer Spruchpraxis. Teil der Darstellung sind, wenn auch in weitaus geringerem Maße, diejenigen Urteile, die die Wehrmachtjustiz nicht aussprach. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit verbrecherischen Befehlen der höheren Rechtsabteilungen, die den Verfolgungszwang für deutsche Soldaten, die in der Sowjetunion Verbrechen an der Zivilbevölkerung begingen, aufhoben. Der so genannte Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom Mai

1941 sah außerdem vor, dass Strafen nur dann ausgesprochen werden sollten, wenn die Truppenführung die »Disziplin« grundsätzlich gefährdet sah. 11 Solche Befehle wurden von führenden Militärjuristen ausgearbeitet und formuliert. Durch diese Außerkraftsetzung des Völkerrechts starben vor allem in Osteuropa Millionen von Zivilisten und Kriegsgefangenen.

In der Bundesrepublik machten nach 1945 viele der ehemaligen Militärjuristen Karriere an Gerichten, Hochschulen und in der Politik; keiner von ihnen wurde bis heute wegen Rechtsbeugung oder Justizmord rechtskräftig verurteilt. Auch dies zeigt die Ausstellung. Die DDR-Justiz verhängte Strafen gegen einzelne Wehrmachtrichter. Deren Umgang mit den Militärrichtern ist allerdings noch weitgehend unerforscht.

Dokumentation am Beispiel dreier am 9.5. 1945 hingerichteter Matrosen der höchstrichterlichen Freisprüche des verantwortlichen Gerichtsherren Rudolf Petersen und des Marinerichters Adolf Holzwig durch BRD-Gerichte. Quelle: Herbert Pardo; Siegfried Schiffner, Der Fall Petersen, Hamburg 1948





Richter eines 1942 in Paris tagenden Schauprozesses, in dem 25 französische Kommunisten zum Tode verurteilt wurden. Quelle: Bundesarchiv Quelle: Bundesarchiv Guelle: Bundesarchiv aus den einzig erhaltenen bewegten Bildern einer Militärgerichtsverhandlung

Fünf thematische Abschnitte behandeln auch die Nachgeschichte überlebender Opfer und deren Angehöriger nach Kriegsende. Gleichzeitig geht es um Persönlichkeiten, die die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Wehrmachtjustiz wesentlich geprägt haben. Die von deutschen Militärgerichten Verurteilten hatten über viele Jahre hinweg kaum Chancen, rehabilitiert zu werden; in der Bundesrepublik offenbar noch weniger als in der DDR. Im wiedervereinigten Deutschland legte eine breite gesellschaftliche Basisbewegung den Grundstein für die Rehabilitierung. Erst 2002, nach langen und zähen Auseinandersetzungen im Bundestag, hob die rot-grün geführte Bundesregierung die Urteile gegen die meisten der Verurteilten pauschal auf. Von ihnen war unterdessen kaum noch jemand am Leben.

Die Ausstellung schließt mit einer Fallstele, die die Lehren thematisiert, die beide deutsche Staaten aus der Wehrmachtjustiz gezogen haben. Der Blick auf aktuelle Konflikte zeigt die wichtige Rolle, die eine das Völkerrecht achtende Militärgerichtsbarkeit sowohl für Soldaten wie auch für Zivilisten spielen könnte. Dies bleibt – das zeigen vor allem die gegenwärtigen Kriege im Irak, in Afghanistan und Tschetschenien – allerdings meist Wunsch, nicht aber Wirklichkeit.

#### Weitere Stationen der Ausstellung

Wilhelmshaven (9. November 2007 bis 31. Januar 2008), München (6. Februar bis 30. April 2008), Halle (Anfang Mai bis voraussichtlich Ende Juli 2008), Freiburg i. Br.

# (11. August bis 21. September 2008), Peenemünde (Ende September bis Dezember 2008), Kiel (Januar/Februar 2009).

- Der Ausstellungstitel lehnt sich an das bekannte Wort des damaligen Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger aus dem Jahre 1978 an. Filbinger war während des Zweiten Weltkrieges Marinerichter und hatte, wie viele andere Richter auch, als Marinejurist an Todesurteilen gegen Wehrmachtssoldaten mitgewirkt. Auch über 30 Jahre nach Kriegsende zeigte er darüber keinerlei Reue oder Unrechtsbewusstsein. »Was damals rechtens war«, wurde er 1978 vom Magazin Der Spiegel zitiert, »kann heute nicht Unrecht sein«. Damit verlor er auch innerhalb seiner Partei, der CDU, den Rückhalt und musste zurücktreten. Hans Filbinger hielt bis zu seinem Tod 2007 an seiner Position fest.
- 2 Für einen nach wie vor guten Überblick vgl. den Forschungsüberblick von Benjamin Ziemann, Fluchten aus dem Konsens zum Durchhalten. Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Erforschung soldatischer Verweigerungsformen in der Wehrmacht 1939-1945, in Rolf-Dieter Müller, Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999. S. 589–613.
- 3 Das jüngste Beispiel ist die Initiative der Kölner Projektgruppe »Denkmal für Kölner Kriegsgegner/innen als Opfer der NS-Militärjustiz« und des NS-Dokumentationszentrums EL-DE Haus. Der Rat der Stadt Köln beschloss im Jahre 2006 die Auslobung eines Wettbewerbs für ein Deserteursdenkmal.
- 4 So hat die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Dresden) ein Dokumentations- und Forschungsprojekt zur Militärjustiz in international vergleichender Perspektive initiiert, das gegenwärtig am Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau durchgeführt wird.
- Vgl. die Debatte zum »Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhGÄndG)«, in: Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 237. Sitzung, Berlin, 17. Mai 2002, S. 23735–23743. Aufgehoben wurden alle nach dem Militärstrafgesetzbuch (MStGB) ergangenen Urteile mit Ausnahme von vier Delikten: Fledderei (§ 134 MStGB), Misshandlung von Untergebenen (§ 122), Plünderung (§ 129) sowie Kriegsverrat (§§ 57–60). Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Wanderausstellung sowie der vor kurzem veröffentlichten Studie der Historiker Detlef Vogel und Wolfram Wette kommt mittlerweile eine Debatte über die Rehabilitierung von so genannten Kriegsverrätern in Gang. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries kündigte beim Festakt zur Ausstellungseröffnung eine Überprüfung ihrer bisher ablehnenden Haltung dazu an.
- 6 Val. Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtiustiz 1933–1945, Paderborn 2005, S. 325 ff.
- 7 Die Forschungen über die Wehrmachtjustiz befinden sich, gerade was den internationalen Vergleich anbelangt, noch immer in den Anfängen. Grundlegend zur deutschen Militärjustiz während des Nationalsozialismus (einbezogen hier auch die Vorgeschichte) vgl. Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtjustiz, Paderborn 2005; für einen Forschungsüberblick vor allem bezüglich der wichtigsten Opfergruppe, den Deserteuren, immer noch maßgeblich: Benjamin Ziemann, Fluchten aus dem Konsens zum Durchhalten, a. a. o.; aus juristischer Perspektive äußerst instruktiv: Kristina Brümmer Paulv. Desertion im Recht des Nationalsozialismus. Berlin 2006.
- 8 Eine Fallstele ist den beiden polnischen Widerstandskämpferinnen Maria Kacprzyk und Krystyna Wituska gewidmet; eine andere portraitiert drei Soldaten (Hugo Ruf, Oskar Spenn und Johann Lukaschitz) einer deutschen Panzersturmabteilung, die gemeinsam mit acht anderen Angehörigen ihrer Einheit wegen Kriegsverrat zum Tode verurteilt und geköpft wurden.
- 9 Vgl. Hans-Peter Klausch, Die 999er. Von der Brigade »Z« zur Afrika-Division 999: Die Bewährungsbataillone und ihr Anteil am antifaschistischen Widerstand, Frankfurt a. M. 1986.
- 10 Die Richterschaft der Wehrmacht darf nach wie vor als weitgehend unerforscht angesehen werden. Es fehlen vor allem quellengesättigte Überblicksdarstellungen; auch gruppenbiographische Zugänge liegen bisher nicht vor. Vielversprechende Ansätze finden sich bei Christoph Rass, Militärgerichte des Ersatzheeres im Westen des Reiches (Wehrkreis VI) 1939 bis 1944/45, in: Geschichte in Köln, 51 (2004), S. 119–145. Weitere Hinweise zu einzelnen Richtern finden sich bei Norbert Haase, Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Berlin 1993, einzelne biographische Portraits bei Gerd R. Ueberschär (Hg.): Hitlers militärische Elite, Bd. 2, Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998. Für die Wanderausstellung wurde in Bezug auf die Richterfallgeschichten von Karl Everts und Heinrich Hehnen Grundlagenforschung betrieben.
- 11 Zum Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe vgl. den Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944,

Ulrich Baumann Historiker, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin) und Projektleiter der Wanderausstellung »«Was damals Recht war ( - Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht«. Er arbeitete zuvor an verschiedenen Projekten für das Jüdische Museum Berlin (Learning Center) und die Shoah Foundation, und ist Mitglied im Graduiertenkolleg Gruppen-Schichten-Klassen-Eliten der Universität Bielefeld mit einer Forschungsarbeit über Berliner Unternehmerinnen in der Weimarer Republik.

Magnus Koch, Historiker. freier Mitarbeiter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin), ist Kurator der Wanderausstellung »Was damals Recht war... -Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht«. Von 2001 bis 2003 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team der Ausstellung »Verbrechen der Wehr- macht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944«. Im Schöningh-Verlag erscheint demnächst seine Dissertation »Fahnenfluchten - Fallstudien über Wehrmachtsdeserteure zwischen Kampfbereitschaft und Verweigerung«.

# Der deutsche »Viehwaggon« als symbolisches Objekt in KZ-Gedenkstätten

TEIL 1

Alfred Gottwaldt

#### Konzentration und Deportation vor der Vernichtung der Juden

In dem Gesamtprozess von Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden ist der Schritt der Deportation zwischen den Phasen der Kennzeichnung, der Ausplünderung, der Konzentration in Sammellagern und der Vernichtung als eigenes Element des Konzentrationsprozesses einzuordnen, wie Raul Hilberg schon 1961 analytisch skizziert hat. Die Zahl von ungefähr drei Millionen Juden, welche während des Zweiten Weltkriegs mit Hilfe der Eisenbahn deportiert wurden, hat zuerst Wolfgang Scheffler errechnet, als er im Jahre 1973 bei einem Strafverfahren vor dem Düsseldorfer Schwurgericht gegen den vormaligen Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium als Sachverständiger konkrete Angaben zur Funktion der Reichsbahn beim Judenmord machen sollte. Heute steht fest: »Ohne die Mitarbeit der Reichsbahn hätten die europäischen Juden so nicht vernichtet werden können.

Im Nürnberger DB-Museum ist dazu eine bemerkenswerte Ausstellungseinheit zu sehen, welche die Mitwirkung der Deutschen Reichsbahn an der Vernichtung der europäischen Juden zum Gegenstand hat. Daneben wird die Deutsche Bahn AG am 27. Januar 2008 in Berlin eine neue Wanderausstellung präsentieren, die sich mit der öffentlich wiederholt erörterten Beteiligung der Eisenbahn an der Shoah beschäftigt. In diesem Fall wird die Ermordung der Kinder eine zentrale Rolle spielen. Über die Schau wurde noch vor einem Jahr heftig debattiert: Im Januar 2007 war für die Dauer einer Woche auf dem Platz zwischen Kölner Dom und Kölner Hauptbahnhof ein Güterwagen aus dem Bestand des Eisenbahnmuseums Dieringhausen aufgestellt worden, um auf den damals ausgetragenen Streit zwischen einer internationalen Initiative um Beate und Serge Klarsfeld in Paris sowie der Deutschen Bahn aufmerksam zu machen. Ein Mitarbeiter des privaten Museums in der Nähe von Gummersbach wollte mit der Präsentation des gedeckten Güterwagens die Gruppe »11 000 Kinder« – benannt nach der Zahl der aus Frankreich deportierten jüdischen Kinder – sowie die regionale Gruppe »Die Bahn erinnern« demonstrativ unterstützen.

Üblicherweise wird der schlichte Güterwagen in technischen Museen als Beleg für die Holzbauart und für Aufgaben der Eisenbahn in Massenverkehren aller Art gezeigt. Nun war aber die vergangene ambivalente Funktion des alten Eisenbahnwagens besonders wichtig, weil darin seine Zwitterstellung deutlich wurde: Der Wagen diente gegenüber dem Publikum als Symbol oder gar als Illustration von Deportation und Holocaust, wie dies mit Hilfe ähnlicher Objekte seit Jahren in einer Reihe von Museen und Gedenkstätten geschieht. Dabei verkörperte das in Köln aufgestellte Eisenbahn-Objekt aus Dieringhausen ohne lesbare Wagennummer den Bauzustand von 1923. Dieser Tatbestand soll hier als Anlass dazu dienen, um die unterschiedlichen Beweggründe für die Präsentation von Güterwagen im musealen Umfeld zu hinterfragen und einen aktuellen Überblick solcher noch vorhandenen historischen Fahrzeuge zu geben. Inzwischen handelt es sich weltweit um mindestens 35 Fahrzeuge.<sup>4</sup>



Präsentation eines Güterwagens am Hauptbahnhof Köln, Januar 2006 Foto: Maria Baumeister (Initiative »Die Bahn erinnern«)

Hintergrund der Diskussion wie der neuen, von der DB geplanten Ausstellung bildet die historische Tatsache, dass etwa die Hälfte der im Holocaust ermordeten Juden in Europa nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnorte getötet, sondern zuvor über weite Strecken einmal oder sogar mehrfach deportiert wurde. Diese Menschen wurden zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1945 zunächst mit der Eisenbahn aus ihrer Heimat in den »Osten« des deutschen Machtbereichs verschleppt. Dort wurden die meisten von ihnen bald nach der Ankunft zu Erschießungsgruben oder Gaskammern geführt. Eine kleinere Zahl von als arbeitsfähig angesehenen Opfern musste vor dem Tod noch Zwangsarbeit leisten; wenige haben diese Tortur überlebt.<sup>5</sup>

Transporte zu den deutschen Haftanstalten und Lagern bildeten schon in der Zeit vor dem Krieg einen immanenten Bestandteil der Konzentration als einer Zusammenführung der definierten Gegner an bestimmten Orten, wo sie abseits der Öffentlichkeit »gebessert« oder physisch vernichtet werden sollten. Anfangs wurden für die Transporte zumeist die herkömmlichen Zellenwagen mit vergitterten Fenstern verwendet, in denen schon zuvor Strafgefangene transportiert worden waren.<sup>6</sup> Während des Krieges wählte Heinrich Himmler den Standort Auschwitz für ein zusätzliches Konzentrationslager auch wegen der guten eisenbahnlogistischen Verbindungen aus. Man kann von einer »Logistik des Holocaust« sprechen. Die Mordfabriken bezogen ihren »Rohstoff« auf der Schiene: Die anschließend gebauten Vernichtungslager von Belzec, Sobibor und Treblinka wurden, weil die Ermordung der polnischen Juden billig sein und schnell erfolgen sollte, ausnahmslos über schon vorhandenen Gleisanlagen errichtet. Im weiteren Verlauf des Krieges wurden eigene Anschlussbahnen bis in die Lager von Birkenau, Buchenwald, Neuengamme und Theresienstadt hinein angelegt, um die Masse der Transporte zu rationalisieren. Während sich in den »frühen Lagern« Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald das Tor mit dem Wachturm am Eingang noch über einer Straße öffnete, wurde das 1943 fertiggestellte Torgebäude von Birkenau mit der Hauptwache über einem Anschlussgleis der Eisenbahn errichtet. In der Forschung sind die Häftlingsströme zwischen den einzelnen Lagern kaum hinreichend analysiert. Nicht nur die jüdischen Arbeitshäftlinge, die der »Vernichtung durch Arbeit« unterworfen waren, haben für die Zeit ab 1943 von zahllosen Transporten aus einem Lager zum nächsten berichtet. Als Birkenau ab Herbst 1944 geräumt wurde, ließ die SS ihre letzten »arbeitsfähigen« Häftlinge wieder in westliche Richtung transportieren, zum Teil auch marschieren.

Die näheren Umstände der oftmals lange andauernden Transporte in überfüllten Waggons mit schlechter Verpflegung und trostlosen sanitären Bedingungen waren unvorstellbar. Manche Überlebenden haben den Verlauf ihrer Deportation bei Hitze oder Kälte mit dem Bild des »Viehwaggons« zu beschreiben versucht. Eine gewisse visuelle Vorstellung dessen, was im Sommer 1944 auf der Rampe des Vernichtungslagers in Auschwitz-Birkenau vorgegangen ist, wenn dort zum Beispiel ein Zug mit Juden aus Ungarn eintraf und diese »selektiert« wurden, vermitteln die von einem SS-Mann namens Bernhard Walter aufgenommenen Fotografien aus der Täterperspektive. Sie sind in dem bekannten »Album der Lili Jacob« enthalten, das sich seit 1980 in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem befindet.<sup>7</sup> Auf den ersten Bildern sind zwei endlos erscheinende Reihen gedeckter Güterwagen unterschiedlicher Bauarten zu erkennen, mit denen jeweils 60 bis 100 Menschen - in bestimmten Fällen noch erheblich mehr - pro Waggon deportiert wurden. Die Grundfläche des Wagens umfasste bei 8 m Länge und 3 m Breite nicht einmal ein Drittel dessen, was ein moderner Schnellzugwagen an Raum zu bieten hat. Das Wort »Transport« ist damit fast wie die Begriffe »Lager« oder »Durchführen« zu einer Vokabel im »Wörterbuch des Unmenschen« geworden.8

Inzwischen greifen viele Museen und Gedenkstätten dieses Thema metaphorisch mit Hilfe von Güterwagen auf, die sich der Zeit des Zweiten Weltkriegs zuordnen lassen. Die bekanntesten Beispiele dafür dürften Fahrzeuge im Deutschen Technikmuseum Berlin (1988), im United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington (1993) und in der Gedenkstätte Yad Vashem bei Jerusalem (1995) sein. Noch ist nicht abzusehen, dass diese Entwicklung mit den erst im Jahre 2007 aufgenommenen Fahrzeugen von Naples (Florida) und Mexico City zum Abschluss gekommen wäre.

#### Der Güterwagen als Beweisstück oder als Symbol

Als historische Tatsache bedarf die Ermordung der europäischen Juden keines Beweises. Dennoch gelten vielen Museen und Gedenkstätten ihre einzelnen Objekte auch als Belege für historische Sachverhalte oder werden aufbewahrt, weil sie einmal als »corpus delicti« für bestimmte Einzeltaten bedeutsam waren. Diese Institute können sich selbst entweder als dokumentierend-argumentative Häuser verstehen, bei denen die Gegenstände nach wissenschaftlichen Erkenntnissen geordnet sind und die Objekte als Anstöße für die historische Vorstellungskraft dienen. Oder sie treten, wie das USHMM, mit einer narrativ-erzählenden Präsentation vor ihr Publikum, bei der eine der Ausstellung vorangegangene chronologisch-semantische Entität die Anordnung der Objekte im Sinne einer Metabotschaft regelt.<sup>9</sup>

In manchen Gedenkstätten stehen Mahnung und Erinnerung eher im Vordergrund als die Dokumentation. Diesen Zwecken mögen auch Kunstwerke oder symbolische Bedeutungsträger dienen. Bei einzelnen Gegenständen wird die Grenze zur Dekoration erreicht oder überschritten. Mit Recht schrecken die meisten Ausstellungsmacher in Gedenkstätten und Museen davor zurück, so fürchterliche Dinge wie Trümmerteile eines



Verbrennungsofens, einer Gaskammer oder ähnliches auszustellen. Schon so persönliche Gegenstände wie die Brillen oder die Schuhe der Ermordeten und menschliche Überreste wie Haare sind von den meisten Besuchern an anderen Plätzen als in Auschwitz kaum zu ertragen. Die Grenze dessen, was öffentlich noch gezeigt werden kann, wird mit den ergreifenden Modellen des polnischen Bildhauers Mieczyslaw Stobierski erreicht: Nachbildungen im verkleinerten Maßstab der Gaskammer und des Krematoriums II von Birkenau sind in der Gedenkstätte Auschwitz, im United States Holocaust Memorial Museum (Washington), in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem und im Deutschen Historischen Museum (Berlin) zu finden. 10 Eine brutale Botschaft transportieren auch die vielerorts in Gedenkstätten gezeigten Kipploren von schmalspurigen Förderbahnen, welche die Häftlinge bis zu ihrer völligen Erschöpfung schieben mussten. Das kaum Greifbare an der Realität der Lager, nämlich der Zwang, soll damit sichtbar gemacht werden. Nicht nur aus diesen Gründen bietet sich der »deutsche Güterwagen« als ein noch fassbares Objekt an, um die menschenverachtende Politik Hitlers und seiner Gefolgsleute mit Hilfe konkreter dreidimensionaler Artefakte zu verdeutlichen.

Mit Recht? Für die ersten Deportationen der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden in den Jahren 1941/42 nach Litzmannstadt, Minsk, Kowno, Riga, in den Distrikt Lublin sowie nach Theresienstadt setzte die Reichsbahn regelmäßig Personenwagen ein, weil es ihr an Güterwagen fehlte. Teilweise sollte gegenüber Beobachtern der Transporte auch eine Täuschung aufrechterhalten werden, die Deportierten würden

Namenloser deutscher Güterwagen im Technikmuseum Berlin, 1988 Foto: Clemens Kirchner, Deutsches Technikmuseum Berlin

zum Arbeitseinsatz gebracht. Dagegen wurden seit dem Frühjahr 1942 die Massentransporte mit Juden innerhalb des »Generalgouvernements« zu den Mordstätten von Belzec, Sobibor und Treblinka sowie die Deportationen aus den übrigen besetzten Gebieten Europas von Frankreich bis Griechenland nach Auschwitz fast ausnahmslos mit geschlossenen Güterwagen durchgeführt, welche die Deutsche Reichsbahn aus ihrem Bestand und den einzelnen Ländern zusammengeklaubt hatte.

Der deutsche Güterwagen besagter Bauart, in dem die Juden aus ihrer Heimat zu den Ghettos und Vernichtungslager des »Ostens« transportiert wurden, kann konkret nichts mehr beweisen, und doch ist er durch zahlreiche Filme in den vergangenen zwanzig Jahren zu einem Symbol für den Judenmord geworden. Schon in Claude Lanzmanns monumentalem Dokumentarfilm »Shoah« aus dem Jahre 1985 spielten die Eisenbahner, die Züge und die Güterwagen eine dominierende Rolle. 11 Ob sodann in Steven Spielbergs Film »Schindlers Liste« (1993), in der israelisch-französisch-belgisch-niederländischen Tragikomödie »Zug des Lebens« von Radu Mihaileanu (1998), zuletzt auch in Artur Brauners Spielfilm »Der letzte Zug« (2006): Das Bild der gewaltsamen Deportation in einem deutschen Güterwagen wird allgemein als Bedeutungsträger – sozusagen: als Ikone – für den Judenmord verstanden, zumindest aber als unmittelbare Vorstufe angesehen. 12

In der Sendefolge »Jerusalem oder die Reise in den Tod« der Fernseh-Krimiserie »Rosa Roth« wurde 1998 eine Zugfahrt von Güterwagen – aus dem Besitz mehrerer norddeutscher Eisenbahnmuseen – gezeigt, als es für die Handlung um den erinnernden Rückblick auf die Mitwirkung älterer Eisenbahner an der Deportation der Juden ging. <sup>13</sup> Die Qualität des Streifens ist hier nicht zu erörtern. In dem Film wurde aber auch ein bereits seit 1995 in Jerusalem musealisiertes Fahrzeug der Reichsbahn gezeigt, das unten noch zu besprechen sein wird, und auf dem die Idee zum Drehbuch überhaupt beruhte: Als einer der beiden Männer, die Israel mit ihrer Gruppe von deutschen Rentnern besuchen, »in Jad Waschem einen dort ausgestellten Güterwaggon sieht, mit dem die Juden wie Vieh in die Lager transportiert wurden, bricht er seelisch zusammen. «<sup>14</sup>

Die Güterwagen sind damit zu einer international verbreiteten Ikone eigener Art geworden, wie es das Tor zum Stammlager Auschwitz mit dem Schriftzug »Arbeit macht frei« ist. 15 Auch die Rampe von Birkenau zwischen den beiden Lagerteilen bildet einen solchen Bedeutungsträger. In Birkenau ist zudem für das Torgebäude seit vielen Jahren eine »Transformation zum Symbol« (Ute Wrocklage) zu beobachten. 16

#### Authentizität und aktuelle Aufgaben eines Güterwagens

Güterwagen sind aus mancherlei Gründen populär; sie gelten als vielgesuchte »authentische« Objekte. Selbst wenn hier vorrangig von symbolischen Gegenständen die Rede ist, muss also die Frage nach der Authentizität der Objekte gestellt werden. Es versteht sich von allein, dass für diese Zwecke aus Gründen der Glaubwürdigkeit nur Wagen mit Baujahren vor 1945 in Betracht kommen. Andererseits ist zu fragen, ob es unbedingt ein Wagen deutscher Bauart sein muss, da die Reichsbahn während des Krieges auch Wagen aus vielen fremden Ländern verwendete. Gerade in Frankreich – z.B. in Drancy oder im Bahnhof von Compiègne – wurden in Mahnmalen dezidiert französische Wagentypen verwendet, um das Thema der französischen Kollaboration mit Nazi-Deutschland gleichfalls zum Gegenstand der Präsentation zu machen.

Schon bei der Aufstellung des ersten Güterwagens im Berliner Museum für Verkehr und Technik war 1988 die nach dem Krieg entstandene Beschriftung des Fahrzeugs gelöscht worden, um mit einer solchen Anonymisierung die Frage von vornherein zu vermeiden, ob dieses konkrete Fahrzeug vor 1945 »gewiss oder gewiss nicht« zur Deportation von Juden eingesetzt worden war. Bei dem im United States Holocaust Memorial Museum (Washington) seit 1993 ausgestellten Güterwagen wurde die Frage nach der Authentizität des Objekts im Vorfeld noch ausführlicher erörtert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter trieben weitgehende Studien, um eine schriftliche Versicherung der »kommunistischen Regierung« nachzuprüfen, dass der 1989 aus Polen zur Verfügung gestellte Wagen tatsächlich zum Transport von Juden aus Warschau nach Treblinka benutzt worden sei. Dazu traten sie mit deutschen Museumsleuten in Kontakt, um sich Gewissheit über Fahrplananordnungen, Umlaufpläne und Wagenzettel aus den Jahren 1942 und 1943 zu verschaffen. Weil aber die Nachforschungen keinerlei konkrete Angaben bezüglich der am Fahrzeug ermittelten alten Wagennummer »Karlsruhe 31 599« ergaben, bestand der amerikanische Autor des Objekttextes von 1992/93 auf der allgemeineren Formulierung »Güterwagen der Art, wie sie zu Judentransporten benutzt wurden« anstelle der ursprünglich gedachten Angabe, »dieser Wagen wurde für Deportationen benutzt.«18 Bei dem gleichartigen Fahrzeug in Jerusalem wird als Erklärung hingegen der lapidare Satz verwendet: »Das Denkmal zur Erinnerung an die Deportierten. Yad Vashem erhielt von der polnischen Regierung einen Original-Transportwaggon der deutschen Reichsbahn, der jüdische Menschen aus vielen Ländern Europas wie Frachtgut in die Vernichtungslager gebracht hatte. «19

Neben dem Wagen in Washington sind »echte Koffer« von Deportierten ausgelegt, die nach Auschwitz kamen. Manche Besucher wollten den Güterwagen voller Scheu auf keinen Fall betreten, wenn er wirklich jemals für den Transport von Juden gebraucht worden wäre. Dagegen hielten andere Gäste das Objekt nur für näherer Betrachtung würdig, wenn seine Verwendung für einen konkreten »Judentransport« exakt zu belegen wäre. Solche Beweise sind aber weder durch die wenigen überlieferten Fotografien aus dem Krieg noch durch die kaum erhaltenen Wagenzettel der Reichsbahn zu führen. Belegt in den Archiven sind heute allein fünfzig bis einhundert bestimmte Wagennummern aus der gesamten Kriegszeit; vielleicht mögen es auf den Bildern und Wagenzetteln insgesamt auch zweihundert sein. Dagegen wurden für den Transport von drei Millionen Menschen in die Ghettos und Lager - nur grob geschätzt - ungefähr 30000 Fahrzeuge verwendet; tatsächlich wohl erheblich weniger. Man könnte also rechnen, dass ungefähr jeder zehnte oder jeder zwanzigste gedeckte Güterwagen in Mitteleuropa für solche Transporte benutzt wurde. Doch Zahlenspielereien dieser Art sind nicht unproblematisch. Zugleich ist zu bedenken, dass sechzig Jahre nach Kriegsende doch nur sehr wenige dieser Wagen überhaupt noch vorhanden sind.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass für die heute noch sichtbaren Fahrzeuge kaum Möglichkeiten eines Nachweises ihrer Verwendung für KZ-Transporte bestehen. Das bedeutet umgekehrt, dass auch der Nachweis nicht zu führen ist, ein bestimmter Waggon sei auf keinen Fall für »Judentransporte« benutzt worden.

Gelegentlich beherrscht die vielschichtige Frage nach der »Authentizität« allein die Entscheidung über den Erwerb eines Wagens. So schien im Sommer 2006 das britische National Railway Museum in York daran interessiert, einen entsprechenden Wagen in seine Sammlung aufzunehmen. Den Vorschlag dazu hatte Rudi Leavor gemacht, der Deutschland im Jahre 1939 mit einem »Kindertransport« nach England verlassen hatte und große Teile seiner Berliner Familie im Holocaust verlor. Die Museumsleitung

in York konnte sich aber zur Anschaffung nicht entschließen, nachdem sie erkannt hatte, dass für keinen einzigen der in Aussicht genommenen Wagen heute noch ein »Beweis der Authentizität« seiner Verwendung für einen historischen »Judentransport« möglich ist. Dagegen kam für die englische Kollektion ein ganz gewöhnlicher deutscher Güterwagen der Kriegszeit, der lediglich als Symbol für die Rolle der Reichsbahn im Holocaust gewirkt hätte, nicht in Betracht.<sup>20</sup>

#### Mehrdeutige deutsche Güterwagen in deutschen Museen

Das Tor zum Lager Birkenau wurde über einem Gleis errichtet, das täglich von Zügen der Reichsbahn mit dem Ziel »Anschlussgleis der Waffen-SS« befahren werden sollte. Nach den »Statistischen Angaben über die Deutsche Reichsbahn« hat die staatliche Bahnverwaltung schon im Jahre 1940 nahezu 250 000 gedeckte Güterwagen unterschiedlicher Bauarten in ihrem eigenen Fahrzeugbestand besessen, Tendenz steigend. 21 Der Wagentyp war durch seine Konstruktion als bedeckter Raum zum Transport von nässeempfindlichen Frachten wie Stückgut und anderen verpackten Gütern (Kisten, Geräten), von Expressgut, Post und auch von Leichen in speziell dafür geeigneten Särgen gedacht, ferner für Tiere und für Massengüter in Säcken oder sogar in loser Schüttung. Eisenbahner und Eisenbahnfreunde lehnen deshalb die Bezeichnung »Viehwaggon« als einseitig ab. Ein erheblicher Teil der Wagen war mit hölzernen Sitzgestellen dazu eingerichtet, Militärtransporte zu befördern. Gebaut von zahlreichen Waggonfabriken in den langen Jahren zwischen ungefähr 1890 und 1945, wurden auch älteste Exemplare bis in den Zweiten Weltkrieg hinein verwendet. Durch die bewegte Geschichte Mitteleuropas blieben viele dieser Fahrzeuge erheblich länger als die ursprünglich für sie geplanten drei bis vier Jahrzehnte im Einsatz. Viele von ihnen wurden noch bis in die sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein verwendet. Das Holz wurde seitens der Bahnen in regelmäßigen Abständen erneuert, doch fehlen verlässliche Aufzeichnungen darüber. Dann schieden sie durch Ausmusterung und Umbau allmählich aus dem Bestand der Eisenbahnen.

Um das Jahr 1985 begannen die ersten technischen Museen damit, solche Objekte in ihre Sammlungen aufzunehmen. Zur gleichen Zeit öffneten sich diese Institute auch gegenüber der politischen Geschichte des Landes: »Ein technisches Museum kann die Orientierung auf Meisterwerke der Technik haben oder versuchen, die Technik in die allgemeine Kulturgeschichte einzubinden. In dem ersten Falle wird er den kaputten und völlig verdreckten Eisenbahnwaggon vielleicht reinigen und restaurieren, in dem anderen Falle wird es ihn unverändert lassen, um seinen Einsatz für den Horror der KZ-Transporte darstellen zu können.«<sup>22</sup> Während der Fahrzeugparade zum Jubiläum »150 Jahre Eisenbahn in Deutschland«, die im Sommer 1985 in Nürnberg stattfand, wurden Güterwagen in ihrer Funktion als reine Transportmittel gezeigt.<sup>23</sup> Im selben Jahr brachte aber die Eisenbahn-Jubiläumsausstellung »Zug der Zeit - Zeit der Züge« in Nürnberg noch ein anderes Thema auf die Tagesordnung. Das titelstiftende monumentale Panorama-Gemälde eines »Zuges der Erinnerung« wurde von Jürgen Schmid für die durch Kulturdezernent Hermann Glaser und die Stadt Nürnberg geplante Ausstellung gestaltet. Es umfasste neben Elementen eines königlichen Hofwagens, Teilen des Waffenstillstandswagens von Compiègne und vielen weiteren Stücken auch die Sektion einer Güterwagenwand mit vergitterter Ladeluke und menschlichen Gesichtern hinter dem Stacheldraht, wie sie durch eine weltbekannte Fotografie damals schon längst zur Ikone geworden war. 24



Als Ikone gilt die berühmte Aufnahme eines vergitterten Zugfensters, vermutlich 1943, Frankreich. Foto: Deutsches Technikmuseum Berlin

Heute haben zahlreiche deutsche Eisenbahnvereine solche Wagen in ihren Beständen, weil dieser Typ allein als ein massenhaft vorhanden gewesenes Eisenbahnfahrzeug erinnerungswürdig ist. Wagen, die vor 1945 gebaut wurden, sind im rollenden Bestand der Bahn draußen auf der Strecke nicht mehr zu finden. Ihre Abschreibungsfrist ist längst abgelaufen, ihre schmalen Schiebetüren machten den Einsatz moderner Lademittel schwierig. Die letzten noch vorhanden Wagen dieser Art verschwanden mit der »Bahnreform« und der Vereinigung der beiden deutschen Bahnen im Jahre 1994. Aber noch heute erreichen die Zentrale der Deutschen Bahn sowie die wichtigsten deutschen Eisenbahnmuseen regelmäßig Anfragen, wo denn geeignete »Güterwagen des Holocaust« zu finden seien. Die Deutsche Bahn AG kann daher Interessenten, welche jetzt einen Wagen dieser Bauart suchen, nicht mehr aktiv mit Standortmeldungen unterstützen, bemüht sich aber, zumindest durch ein gewisses Sponsoring zu helfen, wenn ein bestimmtes Fahrzeug gefunden ist.<sup>25</sup>

In Einzelfällen sind sie aber als Bauzug- und Bahndienstwagen oder bei industriellen Eigentümern noch vorhanden. Dazu gibt es freilich keine fest gefügte Kartei der älteren Bauwagen und Bahndienstwagen, sondern immer wieder nur zufällige Funde abseits des Schienenstrangs. <sup>26</sup> Zuletzt erreichte das Deutsche Technikmuseum Berlin im Juni 2007 die Anfrage eines Landesdenkmalamts: »Das Landratsamt Fr. wurde durch die Gemeindeverwaltung H. auf einen abgestellten Güterwagen aufmerksam gemacht, an dessen Stirnseite sich ein Davidstern befindet. Bitte prüfen Sie, ob dieser Wagen möglicherweise zur Deportation jüdischer Bürger genutzt worden sein könnte oder ob es hierfür keine Hinweise gibt.«<sup>27</sup>

Bei näherer Betrachtung stellte sich heraus, dass die angesprochene Markierung in Form des Davidsterns aus Nägeln bestand, die von unbekannter Hand eher in jüngerer Zeit angebracht worden waren. Selbst dieser Frevel ist ein Beleg für die Ikonisierung der Güterwagen.



Markierung eines Güterwagens in Sachsen mit Nagelstern, Juni 2007 Foto: Christina Wagner, Untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Freiberg

Nur in seltenen Fällen wäre ein potentieller Käufer heutzutage noch in der Lage, für seine Zwecke beliebig zwischen mehreren, unterschiedlich gut erhaltenen Objekten auszuwählen. Manchmal bereitete freilich der relativ gute Allgemeinzustand eines solchen Wagens auch Schwierigkeiten: Als die brandenburgische KZ-Gedenkstätte Ravensbrück im Sommer 2004 auch auf dem Gelände der DB-Werkstätte Rostock nach einem Wagen suchte, wurde ihr der dort am besten erhaltene und für die Ausstellung gut geeignete Güterwagen deutscher Bauart mit der Begründung vorenthalten, dieses Objekt sei für den Umbau zum »Partywagen« der örtlichen Eisenbahner-Freizeitgruppe reserviert.<sup>28</sup>

Für die Aufbewahrung solcher Güterwagen bei den deutschen Eisenbahnmuseen mag hier ein Beispiel genügen. Im Bestand der Museums-Eisenbahn Minden (Westfalen) befindet sich ein gedeckter Güterwagen der Gattung »Gm« für 15 t Ladegewicht mit der Nummer »Kattowitz 8728«, der die Beschriftung »M. T. 48 M.« (Militärtransporte: 48 Mann) und »6 Pf.« (6 Pferde) aufweist. Bei Verwendung für Transporte der Wehrmacht wurden zumeist mobile Sitzbänke und Tische eingesetzt, während für das Anbinden von Pferden und anderem Großvieh innen an den Seitenwänden entsprechende Ösen vorhanden waren.<sup>29</sup>

In diesen Sammlungen wird kaum auf die historische Funktion der Güterwagen in Krieg, Zwangsarbeit und Völkermord hingewiesen. Dennoch ergeben sich wegen dieser Güterwagen bei deutschen Eisenbahnklubs sporadisch Berührungspunkte mit einer Gruppe, die allein am Einsatz dieser Wagen im Zweiten Weltkrieg Interesse zeigt: Immer dann, wenn in jüngerer Zeit noch Spielfilme oder Dokumentarfilme zum Thema gedreht wurden, tauchten solche Wagen auf dem Bildschirm auf.

Gelegentlich sind lokale Eisenbahnmuseen auf Anfrage bereit, sich von einem unauffälligen und weniger wertvollen Sammlungsgegenstand dieser Art zu trennen. Oft muss man den Zustand eines solchen Objekts vor der Übernahme bedenken: Was

vor sechzig Jahren benutzbar war, stand später für lange Zeit »auf dem Rand« eines Abstellgleises und verrostete allmählich, ist demnach heute allenfalls noch als Schrott zu bezeichnen. Die Anfragenden nach einem solchen Güterwagen haben zumeist keine Vorstellung davon, welche Kosten nicht nur mit dem Erwerb, sondern vor allem mit dem Transport eines alten Eisenbahnwagens quer durch Europa oder nach Übersee und zuletzt mit seiner Aufarbeitung verbunden sind.

In den meisten Gedenkstätten und Holocaust-Museen scheinen zudem die Grundzüge moderner Objekterhaltung weitgehend unbekannt zu sein. Die unter den technischen Museen durchkämpften Debatten über Restaurierung oder Konservierung wären dort erst noch zu führen. Dafür nur einige Beispiele: Bei dem seit 1998 im Eisenbahnmuseum von Dieringhausen aufbewahrten Wagen, der um 1923 für die Bahnen der Tschechoslowakischen Republik gebaut und von 1945 bis 1987 bei mehreren deutschen Bahnen eingesetzt war, wie bei dem ehemals französischen Wagen in Ravensbrück sind die eisernen Fachwerkteile des Aufbaus bei der Restaurierung dekorativ, aber unzutreffend in schwarzer Farbe gefasst worden, obwohl sie früher immer in rotbraunem Ton angestrichen waren. In anderen Fällen sind die Schriften der Wagenbezeichnung bezüglich Type und Größe mangelhaft getroffen, was der Glaubwürdigkeit des Objekts abträglich ist.

Obwohl nahezu sämtliche bis 1945 gebauten Varianten des kurzen gedeckten Güterwagens zu »Judentransporten« verwendet wurden, suchten die Gedenkstätten stets nur einen ganz bestimmten Typ preußisch-deutscher Bauart mit flachem Dach, wie er ungefähr noch bis zum Jahre 1930 produziert wurde. Besonders begehrt war die Variante mit einem an der Stirnseite erhöht vorhandenen Bremserhaus. Der ursprünglich zum Bedienen der Bremse durch dafür eingeteilte Männer vorgesehene kleine Anbau war seit ungefähr 1930 weitgehend ohne Funktion; doch Berichte der wenigen Überlebenden und Zeugen belegen, dass auf diesem erhöhten Sitz zumeist bewaffnete Wachleute gesessen und auf Flüchtige aus den Zügen geschossen haben. Jüngere, schon ab 1920 erbaute Wagen mit hochgewölbtem Dach werden in Gedenkstätten kaum gezeigt. Diese Fixierung auf das Bild eines bestimmten Wagentyps war abermals dem »Album von Lili Jacob« geschuldet und änderte sich erst, als die betreffenden Fahrzeuge erheblich seltener geworden waren.

Die Aufstellung von deutschen Güterwagen in technischen Museen mag zumeist als wertneutral erscheinen. Es ist überraschend festzustellen, mit welchen recht unterschiedlichen Bezügen die gedeckten Güterwagen aber auch in Gedenkstätten, Museen und an anderen Orten ausgestellt werden: Sie dienen als illustrierende Objekte zum Holocaust, zum Konzentrationslagersystem »unserer nationalsozialistischen Periode« (Hans Mommsen) und auch zur Zwangsarbeit. Mitunter ist vordringlich die Funktion eines massiven Güterwagens als Blickfang gefragt. Bevor das Deutsche Historische Museum in Berlin im Januar 2002, genau sechzig Jahre nach der Wannsee-Konferenz in der Reichshauptstadt, seine Ausstellung über den »Holocaust und die Motive seiner Erinnerung« eröffnete, hatte der zuständige Kurator den Plan formuliert, auf der Straße Unter den Linden einen solchen Güterwagen als eine Art von Stolperstein zu zeigen. Zu Zeiten der DDR waren auf dem Boulevard immer wieder Paraden von Schienenfahrzeugen aus sozialistischer Produktion abgehalten worden. Im Jahre 2001 hingegen weigerte sich die Bezirksverwaltung Berlin-Mitte wegen der repräsentativen

Funktion dieser Straße, einem der bedeutendsten deutschen die Museen die zum Aufstellen des Güterwagens erforderliche Genehmigung zu erteilen.<sup>30</sup>

Damit ist unübersehbar, dass diesen Objekten in Holocaust-Gedenkstätten und Museen eine bestimmte symbolische Rolle beigelegt wird, doch finden sich daneben durchaus noch andere Konnotationen. So wurde am Jahresende 2002 im »Hessenpark«, dem Freilichtmuseum bei Neu-Anspach im Hochtaunuskreis, ein gedeckter deutscher Güterwagen mit der plausiblen Nummer »Karlsruhe 33 416« äußerlich wiederhergestellt und teilweise in eine dorthin verpflanzte alte Scheune eingebaut. Das abgedunkelte Gefährt wurde im angenommenen Zustand von 1945 mit zusätzlichen Türen und innen sogar mit doppelten Wänden zur Aufnahme von Video-Flachbildschirmen versehen, um dort als Objekt aber die Dauerausstellung »Vertriebene in Hessen« zu illustrieren.<sup>31</sup> Die Idee hatte der Historiker Rolf Messerschmidt entwickelt. Zuvor hatte das Objekt mit der Bundesbahn-Nummer »945 3747-6« als Lagerschuppen am Bahnhof Frankfurt-Süd gestanden.<sup>32</sup> Es heißt, das Fahrzeug sei 1945/46 nachweislich in einem Vertriebenentransport gelaufen. Der zugehörige Katalog enthält entsprechende Fotografien; auch dies deutlicher Ausdruck einer »Ambivalenz« des Transportmittels. Dennoch ist man wohl der Versuchung erlegen, ein zuvor schon weitgehend zum Träger einer bestimmten Bedeutung gewordenes Objekt nun bewusst als Ikone einer anderen Botschaft zu verwenden: Auf solche Weise wird eher die »Selbst-Viktimisierung der Deutschen« (Andreas Nachama) als die Erinnerung befördert.

#### Künstlerische Auseinandersetzungen mit dem Güterwagen

Sieht man den Güterwagen als ein geeignetes Symbol von Holocaust und Deportation an, so liegt der Gedanke nicht fern, diesen Gegenstand auch künstlerischer Interpretation zu unterziehen. Damit sollen nicht Bearbeitungen vorhandener alter Eisenbahnwagen durch bildende Künstler gemeint sein, sondern solche Plastiken, die den Waggon in der künstlerischen Arbeit als einen Reflex seiner selbst darstellen. Der erste Vorschlag eines solchen Zitats war für Birkenau gedacht: Nachdem im Jahre 1955 zum zehnten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am nördlichen Ende der Bahngleise ein provisorisches Denkmal in Form einer Urne errichtet wurde, lobte man im folgenden Jahr einen internationalen Wettbewerb für ein Denkmal in Auschwitz-Birkenau aus. Daraufhin schlug 1957 der spanische Bildhauer Julio Lafuente mit seinen italienischen Kollegen Pietro und Andrea Cascella vor, dort einen Zug von 23 durch Stacheldraht verbundenen »Steinwaggons« aufzustellen. Sie sollten die 23 »Völker der Opfer« symbolisieren. Doch erst im April 1967 wurde in Birkenau ein Denkmal fertiggestellt, das in abstrakter Form an die dort verübten Verbrechen erinnert.

Die Ästhetik des hölzernen zweiachsigen Güterwagens ist, hier einmal ganz formal betrachtet, als ein Design der vorvergangenen Jahrhundertwende zu betrachten. Solche Objekte wurden während des Zweiten Weltkriegs zwar noch massenhaft verwendet, doch ihre Konstruktion galt bereits als veraltet. Der unkomplizierte Aufbau dieser Wagen aus genieteten Metallprofilen und gehobelten Brettern lag schon um 1890/1900 weitgehend fest und war seitdem kaum noch weiterentwickelt worden. Stahlmangel hielt die Reichsbahn davon ab, den Bau eiserner Wagen zu fördern.

Die funktionale Ästhetik der Zeit des »Dritten Reiches« war aber zweifellos eine andere und wurde durch den geschweißten Ganzstahlwagen repräsentiert. Nur in einem ganz besonderen Fall – nämlich bereits im Jahre 1963 bei dem nicht zur Aus-





Oben: Güterwagen als Bestandteil der Ausstellung »Vertriebene in Hessen«, 2007 Foto: Freilichtmuseum Hessenpark

Unten: Architekturzeichnung Hans Holleins zum Mahnmal in Güterwagenform, 1963. Foto: Visionen und Utopien – Architekturzeichnungen aus dem Museum of Modern Art (Matilda McQuaid, Terence Riley, München 2003, S. 136)



Künstlerisches Abbild eines Güterwagens an der Levetzowstraße Berlin-Tiergarten, 2006 Foto: Alfred Gottwaldt

führung gedachten Entwurf der Serie »Transformationen« zu einem »Denkmal für die Opfer der Judenverfolgung« des jungen Architekten Hans Hollein – stand dieser formalistische Aspekt bei einer Projektzeichnung im Vordergrund. Dabei erhob der Wiener Künstler die zehnfach ins Gigantische vergrößerte, an einen Sarg oder Grabstein erinnernde Konstruktion des fensterlosen vierachsigen Massenguttransportwagens der dreißiger und vierziger Jahre aus abgekanteten Stahlblechen zum Zentrum der Darstellung. Hollein hat auch einen Flugzeugträger oder eine Zündkerze als Skulpturen in der Landschaft skizziert. Die Blätter befinden sich im Museum of Modern Art in New York (USA).<sup>33</sup>

Dagegen wurde am 14. November 1988 in Berlin-Tiergarten auf dem Gelände der früheren, ab Oktober 1941 als Sammellager zur Deportation benutzten Synagoge in der Levetzowstraße 7–8 ein Denkmal der Bildhauer Peter Herbrich, Jürgen Wenzel und Theseus Bappert seiner Bestimmung übergeben, bei dem ein abstrakter kleiner Güterwagen auf Gleisen durch einen Kasten aus Cortenstahl dargestellt ist. In seinem Innern sind zusammengeschnürte »Menschenbündel« durch Marmorblöcke künstlerisch angedeutet.<sup>34</sup>

Als die Deutsche Bahn AG im Jahre 1995 am Bahnhof Berlin-Grunewald ihr Projekt eines zentralen Mahnmals für die Mitwirkung der Reichsbahn an der Vernichtung der europäischen Juden in Angriff nahm, sah man bald von der damals auch vorgeschlagenen Aufstellung eines Güterwagens »ohne künstlerische Interpretation« ab. 35 Dort hingegen wurde ein völlig anderes künstlerisches Konzept verwirklicht, dessen Kennzeichen fast zweihundert an den alten Bahnsteigkanten eingelassene Eisenplatten mit den wichtigsten Daten sämtlicher Berliner »Judentransporte« sind. Heute wissen wir, dass die Züge und Wagen seit Mitte 1942 mehrheitlich von anderen Bahnhöfen der Stadt abgingen.

Alfred Gottwaldt ist seit 1983 Leiter der Abteilung Schienenverkehr im Deutschen Technikmuseum Berlin. Er bereitet eine umfassende Untersuchung zur Funktion der Deutschen Reichsbahn bei der Vernichtung der europäischen Juden vor. In acht Ländern werden Güterwagen von Museen und Gedenkstätten als Symbole für den Judenmord verwendet. Der zweite Teil des Beitrags, der im nächsten GedenkstättenRundbrief erscheint, wird die 35 einzelnen Fahrzeuge vorstellen.

- 1 Vgl. Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, London (England) 1961; deutsche Ausgabe unter dem Titel Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin (West) 1982, S. 53, 64, 116, 197, 278 und 585; vgl. jüngstens unter dem Titel »Die Vernichtung der europäischen Juden« (Ausgabe in 3 Bänden), Frankfurt am Main 1990.
- 2 Vgl. Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich 1933 bis 1945, Frankfurt am Main 1965.
- 3 Vgl. Herbert Hötte, Der Waggon und die Technikfaszination des Mannes, in: Museumspädagogischer Dienst der Kulturbehörde Hamburg (Hrsg.), Männersache. Bilder, Welten, Objekte (Ausstellungskatalog), Reinbek und Hamburg 1987, S. 24–41; vgl. Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz, Mainz 1981.
- 4 Vgl. Alfred Gottwaldt, Der deutsche Güterwagen: Eine Ikone für den Judenmord?, in: Museums-Journal, Ausgabe I/1999, S. 14–17.
- 5 Vgl. Alfred Gottwaldt und Diana Schulle, Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.
- 6 Vgl. Horst-Werner Dumjahn (Hrsg.), Kursbuch für die Gefangenenwagen, gültig vom 6. Oktober 1941 an, fotomechanischer Nachdruck Mainz 1979.
- 7 Vgl. jüngstens Israel Gutmann und Bella Gutterman (Hrsg. im Auftrag der Gedenkstätte Yad Vashem), Das Auschwitz Album. Die Geschichte eines Transports, Jerusalem (Israel) und Göttingen 2005.
- 8 Vgl. Adolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 2. Auflage Hamburg 1957, S. 63 und S. 29.
- 9 Vgl. Volkhard Knigge, Gedenkstätten und Museen, in: Volkhard Knigge und Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 398–409.
- 10 Vgl. Burkhard Asmuss (Hrsg. im Auftrag des Deutschen Historischen Museums), Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung (Ausstellungskatalog), Berlin 2002, S. 203–204.
- 11 Vgl. den Abdruck sämtlicher Texte bei Claude Lanzmann, Shoah, Düsseldorf 1986, S. 43–66.
- 12 Vgl. Bernd Philipp und Renate Wiechmann, Der letzte Zug. Roman zum Film, Berlin 2006.
- 13 Die Sendefolge »Jerusalem oder die Reise in den Tod« aus der Fernseh-Krimiserie Rosa Roth nach dem Drehbuch von Lothar Schöne wurde mit der Hauptdarstellerin Iris Berben als Kriminalkommissarin in der Regie von Carlo Rola produziert und im Programm des Zweiten Deutschen Fernsehens am 12. Dezember 1998 ausgestrahlt.
- 14 Nikolaus von Festenberg, Fernsehen. Huld und Sühne, in: Der Spiegel, Hamburg, Ausgabe 50/1998, S. 244.
- 15 Vgl. Ines Rensinghoff, Auschwitz-Stammlager das Tor »Arbeit macht frei«, in: Detlef Hoffmann (Hrsg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945–1995 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts, Band 4), Frankfurt am Main 1998, S. 240–265.
- 16 Val. Ute Wrocklage, Auschwitz-Birkenau Die Rampe, in: D. Hoffmann, Gedächtnis der Dinge, S. 278-309.
- 17 Vgl. Tim Cole, Selling the Holocaust From Auschwitz to Schindler. How History is bought, packed and sold, New York (USA) 1999, S. 165.
- 18 Vgl. Jeshajahu Weinberg und Rina Elieli (Hrsg. im Auftrag des United States Holocaust Memorial Museum), The Holocaust Museum in Washington, New York (USA) 1995, nach S. 72 (unpaginiert) und S. 153.
- 19 Yad Vashem (Hrsg.), Besucher-Informationen (deutsch), Jerusalem (Israel) 2007, Position Nr. 16.
- 20 Hinweis von Rudi Leavor, Bradford (England).
- 21 Vgl. Deutsche Reichsbahn (Hrsg.), Statistische Angaben über die Deutsche Reichsbahn im Geschäftsjahr 1940 (1. Januar bis 31. Dezember 1940), Berlin 1941, S. 286.
- 22 Hans-H. Clemens und Christof Wolters, Sammeln, Erforschen, Bewahren und Vermitteln. Das Sammlungsmanagement auf dem Weg vom Papier zum Computer, in: Institut für Museumskunde (Hrsq.): Mitteilungen und Berichte, Nr. 6/1996, S. 15.
- 23 Vgl. Eisenbahn-Kurier Verlag (Hrsg.), Parade-Express. Epochenstreifzug vom »Adler« zum Intercity, Freiburg 1985.
- 24 Vgl. Ulrich Langner und Karl-Heinz Rohmer (Hrsg.), Zug der Zeit Zeit der Züge. Deutsche Eisenbahn 1833–1985 (Das offizielle Werk zur gleichnamigen Ausstellung unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker), Berlin (West) 1985, S. 672–701.
- 25 Hinweis von Frau Dr. Susanne Kill, Berlin.
- 26 Vgl. www.eisenbahndienstfahrzeuge.de/bahnhofswg/gw/bahnhofswgexgw.htm, benutzt am 4.7.2007.
- 27 Hinweis von Frau Ditte Koch, Sächsisches Landesamt für Denkmalpflege Dresden.
- 28 Hinweis von Frau Professor Dr. Sigrid Jacobeit, Fürstenberg (Havel).
- 29 Vgl. Gottfried Köhler und Hans Menzel, Güterwagen-Handbuch, Berlin (Ost) 1966, S. 60-85.
- 30 Hinweis von Dr. Burkhard Asmuss, Berlin.

# Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland

Stellungnahme zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 22. Juni 2007

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland begrüßt die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption grundsätzlich als Zeichen des Bundes, auch in Zukunft Verantwortung für die Entwicklung der Gedenkstättenarbeit im vereinten Deutschland übernehmen zu wollen. Sie stimmt mit der im Entwurf zum Ausdruck kommenden Auffassung überein, dass die kritische Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus sowie dem DDR-Kommunismus zu den Kernelementen der demokratischen Kultur in Deutschland gehören und dauerhaft gehören muss. Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt darüber hinaus, dass der Entwurf an Empfehlungen der Bundestagsenquetekommission Ȇberwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« und die nicht zuletzt aus der Arbeit dieser Kommission hervorgegangenen Bundesgedenkstättenförderkonzeption von 1999 anknüpft. Die Vorschläge zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption unterscheiden sich dadurch merklich von der zwischenzeitlich von der CDU-Bundestagsfraktion vorgelegten Konzeption, die in ihrer Gesamtheit historisch unangemessene Gewichtsverschiebungen beinhaltete. Die nachfolgenden Kommentare zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes reflektieren die dort vorgelegten Empfehlungen zum einen vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen mit der Gedenkstättenförderkonzeption seit 1999 und zum anderen vor dem Hintergrund der weitgehend einhellig durch den Bundestag und die Mehrzahl der Experten dort niedergelegten Grundsätze für die Förderung der Erinnerungskultur.
- 2 Der vorgelegte Entwurf ist im Gegensatz zur Bundesgedenkstättenförderkonzeption von 1999 nicht aus einer breiten Debatte hervorgegangen. Es wäre deshalb um so unerlässlicher gewesen, Auswirkungen und Erfahrungen in Bezug auf die Bundesgedenkstättenförderkonzeption seit 1999 hinsichtlich einer Fortschreibung sorgfältig auszuwerten und zu dokumentieren. Beispielsweise wäre nach dem materiellen Stand der Gedenkstättenentwicklung zu fragen gewesen, des Weiteren nach den erreichten fachlichen Standards, nach dem Engagement von Bundesländern für die Gedenkstätten in ihrem Verantwortungsbereich oder nach den Erfahrungen mit den Förderkriterien und der Antragstellung. Die Ergebnisse einer solchen Auswertung, in die die Mitglieder der bisherigen Expertenkommission ohne großen Aufwand hätten mit einbezogen werden können, hätte die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption in transparenter Weise substantiiert und legitimiert. Seit Anfang 2006 mehrfach gegenüber der bisherigen Expertenkommission angekündigt, aber nicht realisiert, sollte sie umgehend nachgeholt werden.
- **3** Eine fundierte Auswertung hätte einerseits deutlich gemacht, dass durch die Beteiligung des Bundes an der Gedenkstättenförderung seit 1999/2000 erhebliche Entwicklungsfortschritte sowohl im Bereich der Auseinandersetzung mit dem Natio-

nalsozialismus wie dem DDR-Kommunismus ermöglicht worden sind. Es wären aber andererseits auch nach wie vor bestehende Defizite sichtbar geworden, die sich nicht allein - wie das Diskussionspapier bereits durch die Zahl der Seiten, die dem Nationalsozialismus bzw. DDR-Kommunismus gewidmet sind - auf die Auseinandersetzung mit dem DDR-Kommunismus beschränken. Die von Teilen der NS-Opferverbände angestoßene Debatte um Eintrittsgelder für KZ-Gedenkstätten verdeutlicht die strukturelle Unterfinanzierung der KZ-Gedenkstätten, die u.a. eine Folge des enormen Aufgabenzuwachses seit der Vereinigung, der gestiegenen Besucherzahlen, der umfänglichen Pflege historischer Bausubstanz, seit Jahren faktisch gedeckelter Haushalte und der allgemeinen Entwicklung der Kulturhaushalte ist. Hinzu kommt, dass der nach der Vereinigung begonnene Prozess der Professionalisierung sich zwar in der Einrichtung eindrucksvoller neuer Museen und Ausstellungen in KZ-Gedenkstätten niedergeschlagen hat, die entsprechende personelle Entwicklung – gerade im pädagogischen Bereich – aber deutlich hinterher hinkt. Auch ist die denkmalgerechte, besucherorientierte Sanierung aller NS-Gedenkstätten keineswegs abgeschlossen. Nach wie vor sind selbst die großen, international zu Symbolen gewordenen KZ-Gedenkstätten gegenüber den hinsichtlich Besucherzahlen, Ausstellungsflächen, denkmalgeschützten Gebäuden, Flächenarealen u. a. Bemessungsgrößen mit ihnen vergleichbaren Museen deutlich schlechter ausgestattet. Die Arbeitsgemeinschaft hält es deshalb für dringend erforderlich, eine unabhängige Sachverständigenkommission zu berufen, die die finanzielle Ausstattung der Gedenkstätten hinsichtlich ihres Arbeitsauftrages und -profils regelmäßig prüft und dem Bundestag Bericht erstattet.

4 In dieser Hinsicht – aber auch im Blick auf eine gesellschaftlich wirksame, fruchtbare Gedenkstättenarbeit in Zukunft, die für die KZ-Gedenkstätten in absehbarer Zeit ohne die Unterstützung durch Zeitzeugen realisiert werden muss - wäre es besonders wünschenswert gewesen, wenn das Diskussionspapier einen modernen, konkreten Gedenkstättenbegriff beibehalten hätte. Hier fällt es deutlich hinter die Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999 zurück, insofern vage und ohne strukturelle Konkretisierung von Erinnerungsorten die Rede ist und Gedenken als solches »Wissen über die historischen Zusammenhänge vermitteln soll.«1 Gedenken setzt aber fundiertes kognitives und emotionales Wissen voraus, wenn es nicht zu einem Akt leerer Pietät werden soll - erst recht dann, wenn zeitgenössisches Erfahrungswissen bei Besuchern nicht mehr vorausgesetzt werden kann. Ein zukunftstauglicher Gedenkstättenbegriff ist sich deshalb der notwendigen Verbindung von Opfergedenken, kritischer Erinnerung und geschichtswissenschaftlich fundierter historischer Bildung bewusst. Gedenkstätten am authentischen Ort sind in Perspektive eines zukunftstauglichen Gedenkstättenbegriffs Leidens- und Tatorte, gegebenenfalls Friedhöfe, Orte des Trauerns und Gedenkens, aber auch denkmalgeschützte bauliche historische Dokumente und spezifische zeithistorische Museen und Bildungseinrichtungen. Deshalb gehört zu ihren Aufgaben, Sammlungen aufzubauen, zu pflegen und zu bewahren und für Ausstellungen wie für die pädagogische Arbeit nutzbar zu machen; weiterhin haben sie die Aufgabe zu dokumentieren und moderne Ausstellungen auf der Höhe der historischen Forschung einzurichten, Publikationen und Bildungsmaterialien zu erstellen, vielfältige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu kreieren, wissenschaftliche Tagungen durchzuführen und anwendungsbezogen zu forschen bzw. mit Forschungseinrichtungen zu

kooperieren. Ganz in diesem Sinne hieß es im Abschlussbericht der eingangs erwähnten Enquetekommission: »Die Gedenkstätten nehmen in ihrer Arbeit immer mehr die Aufgaben moderner zeithistorischer Museen wahr, wobei das Gedenken an die Opfer am authentischen Ort dadurch nicht an Bedeutung verlieren darf. In diesem Prozess arbeiten die Gedenkstätten mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Sie veranstalten Fachtagungen und Konferenzen und machen Forschungsergebnisse einem breiten Publikum durch Publikationen, Schriftenreihen und mittels anderer Medien zugänglich.«<sup>2</sup> Und dementsprechend vermerkte die bisherige Gedenkstättenförderkonzeption: »Daher gehört es zu den Aufgaben der Gedenkstätten, in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen für die Ausstellungen wissenschaftliche Grundlagen im Rahmen des Gedenkstättenauftrags zu erarbeiten. Neben der Funktion als Gedenkorte haben die Gedenkstätten im gesellschaftlichen Kontext eine herausragende Bedeutung als Lernorte.«<sup>3</sup>

5 Während die bisherige Gedenkstättenförderkonzeption die Bedeutung kritischen historischen Erinnerns als gesellschaftliche Aufgabe betonte und die große Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements ausdrücklich würdigte, ist davon im jetzt vorgelegten Diskussionspapier kaum mehr die Rede. In der Konzeption von 1999 verpflichtete sich die Bundesregierung, »die Heterogenität der Trägerschaften von Gedenkstätten (zu) achten und (zu) unterstützen. Damit trägt sie dazu bei, den dezentralen und pluralen Charakter der Gedenkstättenlandschaft zu festigen, der sich durch ein Neben- und Miteinander von ehrenamtlicher und professioneller Arbeit, lokaler, regionaler und überregionaler Verantwortungsübernahme sowie individuellem und kollektivem Engagement auszeichnet.«4 Im Gegensatz dazu erscheint der Entwurf für die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption als Verlagerung der grundsätzlich gesellschaftlichen Verpflichtung des Erinnerns und Gedenkens in Fachinstitutionen, deren gesellschaftliche Einbindung und Vernetzung nicht mehr förderungswürdig erscheint. So ist auch nicht mehr die Rede davon, dass auch bürgerschaftliche Initiativen und Projekte Initialförderung erhalten können, wenn sie beispielhafte, fachlich fundierte Vorhaben auf den Weg bringen. Mit der Ausblendung der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements werden zugleich die schwierigen Anfänge der KZ-Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik übergangen (während die negative Seite historischen Erinnerns in der DDR im Sinne politischer Funktionalisierung deutlich benannt wird). Die bisherige Konzeption benannte die problematische Seite bundesrepublikanischer Erinnerungskultur dagegen klar und verstand sich nicht zuletzt als Antwort auf sie: »Im Gegensatz zu den ehemaligen ›Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR‹ beruhen die Gedenkstätten in den alten Bundesländern vor allem auf der Initiative von Überlebenden der Lager und dem bürgerschaftlichen Engagement von Deutschen, die sich oft gegen vielfältige gesellschaftliche und politische Widerstände für den Erhalt der authentischen Orte eingesetzt haben. Erst ab den achtziger Jahren konnten sie auf breitere gesellschaftliche und politische Unterstützung rechnen.«<sup>5</sup> Eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption sollte das hier zum Ausdruck kommende Niveau des Geschichtsbewusstseins nicht unterschreiten und die Förderungswürdigkeit bürgerschaftlichen Engagements nicht eliminieren.

**6** ■ Die bisherige Gedenkstättenförderkonzeption betont explizit die inhaltliche Autonomie und politische Unabhängigkeit der Gedenkstätten<sup>6</sup> und hebt damit ein

Kernmerkmal demokratischer Erinnerungskultur hervor. Der Entwurf der Fortschreibung verzichtet hierauf. Dies fällt umso mehr auf, weil der Entwurf sich parteilichen Geschichtsdeutungen nicht enthält, etwa wenn dort festgelegt wird, in welcher Weise das Thema »Alltag in der DDR« inhaltlich zu behandeln ist.<sup>7</sup> Aufarbeitung und Interpretation von Geschichte sollte dem wissenschaftlichen Diskurs und der öffentlichen Debatte überlassen werden. Ein deutliches Bekenntnis zur Unabhängigkeit von staatlichen bzw. politischen Weisungen ist auch deshalb notwenig, weil die Stiftungsentwicklung in verschiedenen Bundesländern in diesem Zusammenhang zu denken gibt.

7 Zu Recht wird in dem Entwurf festgestellt, dass auch die kritische Auseinandersetzung mit dem DDR-Kommunismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die sich nicht auf die neuen Bundesländer beschränken darf. Und zu Recht wird in diesem Zusammenhang ebenfalls unterstrichen, dass bei der Bildung kritischen Geschichtsbewusstseins in Bezug auf Nationalsozialismus und DDR-Kommunismus differenziert vorgegangen werden muss und den »Unterschieden zwischen NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen« ist und dem Genozid an den europäischen Juden »als Menschheitsverbrechen bisher nicht bekannten Ausmaßes (...) unvergleichliche Bedeutung« zukommt.<sup>8</sup> Dem widerspricht allerdings die unmittelbar darauffolgende Bemerkung zur Parallelisierung der Erinnerung an DDR-Kommunismus und Nationalsozialismus. Gerade in diesem Punkt sind eine den historischen Tatsachen entsprechende unzweideutige Sprache und Haltung erforderlich. Der Entwurf muss entsprechend überarbeitet werden. Die verschleifende Rede von den »beiden totalitären Systemen« trägt zur Klarheit nicht bei. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass der Nationalsozialismus nicht von außen aufgezwungen wurde, sich auf ein hohes Maß an Zustimmung und Selbstmobilisierung im Deutschen Reich stützen konnte und deshalb als Terrorherrschaft im eigentlichen Sinn in erster Linie in den besetzten Ländern auftrat bzw. auftreten musste. Gerade vor diesem Hintergrund ist der Widerstand in Deutschland und Europa besonders zu würdigen - von Widerstand ist im Entwurf nur in Bezug auf die DDR die Rede - und auch derjenigen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, die im Entwurf – in dem nur der Holocaust expressis verbis erwähnt wird – nicht zur Sprache kommen. Zu denken ist insbesondere an den Massenmord an Sinti und Roma sowie an anderen Bevölkerungsgruppen (wie z.B. der osteuropäischen Intelligenz oder sowjetischen Kriegsgefangenen). Andernfalls trägt der Entwurf gewollt oder ungewollt zur weiteren historischen Entkontextualisierung und Entkonkretisierung der Shoah bei.

8 ■ Auch der DDR-Kommunismus lässt sich im Wissen um den Charakter moderner Mobilisierungsdiktaturen nicht auf sein Gewalt- und Bedrohungspotential beschränken. Die Frage nach dem Verhältnis von Repression und Bindekräften bleibt – auch als Frage nach Identifikationsmomenten, Anpassung oder Mitläufertum – virulent und dient keineswegs der Verharmlosung. Die dem Entwurf implizite Darstellung der gesamten DDR-Bevölkerung als Opfer staatlicher Repressions- und Verfolgungspolitik fällt hinter den Forschungsstand zurück, wie auch der Begriff SED-Diktatur zunehmend dazu tendiert, die Rolle der Sowjetunion und der Blockparteien zu überblenden. Die damit verbundene dichotome Engführung ostdeutscher Erfahrungswelt befördert unabsichtlich eher Ostalgie, als dass sie ihr entgegen wirkt.

9 Uneingeschränkt begrüßt die Arbeitsgemeinschaft die Aufnahme der großen westdeutschen KZ-Gedenkstätten in die institutionelle Förderung und die Fortsetzung der Projektförderung. Die Zusammensetzung des für die Mittelvergabe entscheidenden Expertengremiums sollte aber dringend geändert werden. Der gegenwärtige Vorschlag marginalisiert die Gedenkstätten und läuft auf ein Übergewicht des zweiten Diktaturbereichs hinaus. Während das »Deutsche Historische Museum« (DHM) sowie das »Institut für Zeitgeschichte« (IFZ) im Bereich beider Diktaturen arbeiten, haben das »Haus der Geschichte« in Bonn/Leipzig sowie die »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« ihre Aufgaben nur in der Behandlung der Geschichte nach 1945. Die »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« – zu der es, auch unter Fördergesichtspunkten, kein Pendant im NS-Bereich gibt - wird zudem selbst zum Träger institutioneller Förderung aufgewertet und kann nicht als uneigennütziger und unparteilicher Entscheider angesehen werden, wie im übrigen auch nicht die genannten Museen oder das »Institut für Zeitgeschichte« (als Träger der Erinnerungsstätte auf dem Obersalzberg), die, wie die »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«, potentiell zumindest mittelbar Antragsteller auf Förderung entsprechender Projekte in ihrem Zuständigkeitsbereich seien können. Es ist deshalb nicht einzusehen und begründbar, warum gerade die »Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten« als Mitglied im Expertengremium in einen Gaststatus zurückversetzt werden soll. Darüber hinaus ist ernst zu nehmen, dass es in erster Linie die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gedenkstätten waren, die professionelle Standards für die Gedenkstättenarbeit entwickelt und umgesetzt haben. Anders gesagt, mit der Herabstufung der Arbeitsgemeinschaft wird gleichzeitig zentraler Sachverstand zurückgestuft. Vor diesem Hintergrund und wegen der offensichtlichen Ungleichgewichtung der Erinnerungsbereiche und dementsprechend der Fachkompetenzen schlägt die Arbeitsgemeinschaft vor, außer der Arbeitsgemeinschaft auch das »International Comitee of Memorial Sites« (IC Memo), einer Unterorganisation des der UNESCO zugehörigen »Internationalen Museumsbundes« (ICOM), das »Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors« als auch - wie bisher - die »Bundeszentrale für Politische Bildung« zu Vollmitgliedern des Gremiums zu berufen. Das Gedenkstättenreferat verfügt über den besten Überblick über die Entwicklung der deutschen und internationalen Gedenkstätten; die Bundeszentrale über ausgewiesene Kompetenzen im Bildungsbereich.

10 Der Entwurf fasst das Förderkriterium der nationalen bzw. internationalen Bedeutung unzulänglich, insofern die historische Bedeutung des authentischen Ortes, an dem eine Gedenkstätte eingerichtet werden soll oder bereits eingerichtet ist, nicht berücksichtigt wird. Berücksicht werden soll nur »die Bedeutung des Ortes (...) in der geschichtlichen und gegenwärtigen Erinnerungskultur und in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland und im Ausland.«<sup>9</sup> Als Indikatoren der Erfüllung dieses Kriteriums werden dann überwiegend – zugespitzt formuliert – Belege für Vermarktungserfolge aufgelistet. Gedenkstättenarbeit hat nicht zuletzt darin bestanden, verdrängte und vergessene oder in ihrer Bedeutung heruntergespielte Orte gegen vielfache Widerstände ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen. Keiner dieser Orte wäre nach der jetzigen Fassung der Kriterien von nationaler oder internationaler Bedeutung und damit förderungswürdig gewesen. Mit der Ausblendung der historischen Bedeutung wird zugleich die Bedeutung ausgeblendet, die die Orte für Überlebende und Angehörige

der Opfer haben. Diese ist weder an die Besucherzahl oder an die Besucherherkunft oder den Gedenkstättenbesuch bekannter Persönlichkeiten gebunden. <sup>10</sup> Hier werden äußerliche Erfolgskriterien der Vermarktung von Museen unbedacht auf Gedenkstätten übertragen und dadurch deutlich, wohin es führen kann, wenn der Sachverstand von Gedenkstätten hintan gestellt wird. D. h. nicht, dass Gedenkstätten nicht besucherorientiert arbeiten sollten oder hohe Besucherzahlen nicht wünschenswert wären. Es heißt aber auch, nicht zu vergessen, dass Gedenkstätten in der Lage sein müssen, unter Umständen auch nicht gern gehörte Botschaften – ohne Rücksicht auf das Besucheraufkommen – zu vermitteln und dass den Mitteln der Anziehung von Besuchern um der Sache willen und aus Gründen der Pietät deutlich Grenzen gesetzt sind.

*Prof. Dr. Volkhard Knigge*, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora,

Dr. h.c. Barbara Distel, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau,

Dr. Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme,

Dr. Insa Eschebach, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück,

Thomas Lutz, Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors,

Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten,

Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Jörg Skriebeleit, Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg,

Dr. Jens-Christian Wagner, Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora,

LRD Wilfried Wiedemann, Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten.

<sup>1</sup> Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, Entwurf 22. 6. 2007, S. 2f.

<sup>2</sup> Schlussbericht der Enquete-Kommission Ȇberwindung der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, S. 242.

<sup>3</sup> Konzeption der zukünftigen Gedenkstättenförderung des Bundes vom 27. Juli 1999, Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569, S. 3.

<sup>4</sup> Ebda, S. 3f.

<sup>5</sup> Ebda. S. 4.

<sup>6</sup> Ebda, S. 3/4.

<sup>7</sup> Vgl.: Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, Entwurf 22. 6. 2007, S. 13.

<sup>8</sup> Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, Entwurf 22. 6. 2007, S. 2.

<sup>9</sup> Ebda, S. 25.

<sup>10</sup> Ebda, S. 26.

# Ausschreibung

EIN AUSTAUSCH- UND QUALIFIZIERUNGSPROJEKT FÜR NACHWUCHSKRÄFTE AN GEDENKSTÄTTEN FÜR DEUTSCH-ISRAFIISCHE BIIDUNGSANGEBOTE

#### »Die Bilder vom jeweils Anderen: Wahrnehmung - Sensibilisierung - Vermittlung«

Die KZ-Gedenkstätte Dachau und die International School for Holocaust Studies Yad Vashem führen ein insgesamt einmonatiges, gemeinsames Qualifizierungsprogramm für Nachwuchskräfte an KZ Gedenkstätten im Bereich der Vermittlung der NS-Geschichte für deutsch-israelische Besucher durch. Ausgangspunkt dieses in Deutschland und in Israel stattfindenden Fortbildungsprogramms ist die gemeinsame Erfahrung, dass gerade Bildungsprogramme, die auf internationale Besucher ausgelegt sind, ein hohes Maß an Selbstreflexion erfordern, sowohl was das eigene sowie das vermittelte Geschichtsbild, als auch die Erwartungshaltung der internationalen Besucher und deren an den Ort herangetragene Deutungen betrifft. Die bisherigen Anstrengungen bei der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter an den einzelnen Gedenkstätten haben sich zwar um eine Sensibilisierung in diesem diffizilen Bereich bemüht. Jedoch sind gerade der Teil der Erfahrung des Selbst- und Fremdbildes wie auch die Wahrnehmung der – im schlimmsten Falle - gegenläufigen Geschichtsdeutungen im Rahmen der nationalen Geschichte, und damit verbunden auch der Zuweisung nationaler Stereotype oder auch nur vermuteter Zuweisungen, nicht ohne einen bilateralen Austausch möglich. Denn nur in der Auseinandersetzung mit einem Gegenüber kann die Frage nach nationalen Identitäten und Zuschreibungen vertieft thematisiert und vor allem erfahren werden.

#### Zeitraum und Zeitumfang

Das Austauschprogramm umfasst zwei Austauschmaßnahmen von jeweils zwei Wochen. Jeweils 10 israelische und deutsche Nachwuchskräfte treffen sich für 14 Tage in Deutschland und dann für weitere 14 Tage in Israel. Der Austausch beginnt mit einem Treffen in Deutschland, das vom 15.–29. Juni 2008 stattfinden soll. Das Treffen in Israel ist für den Zeitraum vom 11.–24. Oktober 2009 geplant. Teilnahmebedingung ist die Wahrnehmung beider Austauschzeiträume.

Zwischen den beiden Treffen, d.h. in der Zeit vom Juli 2008 bis September 2009, sollen die TeilnehmerInnen in bilateralen Tandems jeweils ein gemeinsames Projekt entwickeln, das die beim ersten Austausch gemachten Erfahrungen für ein Vermittlungsprogramm oder auch thematische Aspekte und Zugänge vor dem Hintergrund der transnationalen Erinnerung und Geschichtswahrnehmung fruchtbar machen soll.

Am Ende des Seminars sollen so reflektierte Möglichkeiten der Multiplikation der Erfahrungen und möglicher Veränderungen und Ansätze der transnationalen Auseinandersetzung um die NS-Geschichte stehen. Von den TeilnehmerInnen wird auch erwartet, dass sie sich über den Projektzeitraum hinaus weiter in der Vermittlungsarbeit der KZ Gedenkstätten engagieren.

#### Finanzierung und Eigenanteil

Das Projekt wird von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« mit hohem Mitteleinsatz gefördert. Von den TeilnehmerInnen wird ein Eigenbetrag für die zweimal 14tägige Austauschmaßnahme in Höhe von insgesamt 400 Euro gefordert. Dieser Teilnehmerbeitrag soll neben der Bereitschaft, dass man sich auf eine insgesamt vierwöchige Fortbildung einlässt, auch eine gewisse Selbstverpflichtung und Eigenbeteiligung der Teilnehmenden signalisieren.

#### Kurze Projektskizze

Die pädagogische Arbeit an Gedenkstätten und Museen zu jüdischer Geschichte, Nationalsozialismus und zum Holocaust sind gerade in Israel und Deutschland in einem besonderen Maße von den gegenseitigen Bildern vom jeweils anderen Land geprägt. Die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust ist zwar eine gemeinsame Geschichte, allerdings mit jeweils umgekehrten Vorzeichen. Doch nicht nur die gemeinsame Geschichte mit ihren perspektivisch unterschiedlichen Erinnerungen an Traumata und ihren tradierten Verletzungen prägt die gegenseitige Wahrnehmung. Häufig wird dies auch noch durch unterschiedliche Sichtweisen – z. B. zum Nahostkonflikt – unterlegt und so entsteht eine nur mehr schwer handhabbare Mischung aus Fakten, Bildern und Deutungen.

In der Vermittlungsarbeit benutzen wir ständig Bilder vom anderen und uns selbst, die häufig stereotypisch geraten. Das Begegnungsprojekt soll einen offenen Austausch über die Bilder, die man jeweils voneinander hat, über die Themen, die sich in den Vordergrund drängen oder gerade gemieden werden, ermöglichen. Im Zentrum dieses Austauschprozesses steht jeweils die Frage danach, wie wir selbst die Geschichte des NS und des Holocaust präsentieren und welches Bild wir von der Präsentation dieser Geschichte im jeweils anderen Land haben. Zugleich wird auch ein Austausch über die je unterschiedlichen Formen der Aktualisierung, der Zuschreibung von Bedeutungen für heute, geführt. Diese Erfahrungen mit dem Fremd- und Selbstbild sollen zu einem reflektierten Umgang in der Vermittlungsarbeit – gerade mit internationalen Besuchern – befähigen.

Der Arbeitsprozess beinhaltet auf der inhaltlichen Ebene auch einen Austausch über unterschiedliche pädagogische Zugänge. Dies wird im Rahmen von Workshops an Beispielmaterialien gemeinsam diskutiert. Zugleich beinhaltet der Auseinandersetzungsprozess auf der Ebene der Bedeutungszuschreibung auch die Frage nach der jeweiligen Aktualisierung der historischen Sachverhalte, den »Lehren«, die aus der Geschichte gezogen werden (sollen). Dies soll den hier meist anvisierten Bezugs- und Handlungsrahmen der Menschenrechtserziehung in einen kritischen Blick nehmen. Auch dies wird ein work in progress sein. Hier können/sollen im Vorfeld keine Ergebnisse festgelegt werden, da die Fragen und Ergebnisse aus dem gemeinsamen Arbeits- und Auseinandersetzungsprozess der Teilnehmenden hervorgehen sollen.

Das Austauschprogramm lebt von dem beständigen Wechsel zwischen inhaltlicher Arbeit und persönlichen Erfahrungen, gemeinsamer Arbeit an thematischen Fragestellungen und einer reflektierenden Diskussion innerhalb der nationalen Gruppen und dem sich daran anschließenden Austausch der nationalen Sichtweisen. Damit soll den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben werden, sich ihre Stellvertreterrolle, die sie bei der Arbeit an »ihren« Gedenkorten gegenüber den internationalen Besuchern einnehmen bzw. die ihnen von den Besuchern zugeschrieben wird und die sich im wechselseitigen Zuschreiben stereotyper Annahmen verstärken, bewusst zu werden und diese Erfahrung dann auch in die eigene Arbeit einfließen zu lassen.

#### Teilnehmerkreis, Voraussetzungen und Bewerbung

Für diesen Austausch stehen zehn Plätze auf deutscher Seite zu Verfügung. Diese Plätze sind für Nachwuchskräfte in den Gedenkstätten vorgesehen, die bereits Erfahrungen mit internationalen Besuchern und speziell israelischen Besuchern gesammelt haben. Seminarsprache ist Englisch. Zusätzlich sollen die Teilnehmenden in ihren binationalen Tandem-Projekten Anregungen, auf den Erfahrungen des Austauschs beruhend, für die Vermittlungsarbeit an den Gedenkstätten entwickeln. Auch nach Ende des Austauschs sollen sie ihre Erfahrungen und Überlegungen in die Arbeit der Gedenkstätten einfließen lassen und möglichst als Multiplikatoren wirken.

Bei Interesse an einer Teilnahme am Programm wird darum gebeten, einen Lebenslauf und einen Überblick über die bisherige Vermittlungstätigkeit an einer KZ Gedenkstätte (auch gerne als Honorarkraft) und ein Motivationsschreiben, weshalb man an solch einem Projekt teilnehmen möchte und was man hierfür einbringen kann, an die Adresse koch@kz-gedenkstaette-dachau.de bis Ende Dezember 2008 zu mailen. Aus dem Kreis der Interessenten wird dann der Kreis der Teilnehmenden ausgewählt werden.

#### Projektverantwortliche

Dr. Noa Mkayton International School for Holocaust Studies European Desk, Yad Vashem

Peter Koch

Leiter der Bildungsabteilung KZ Gedenkstätte Dachau E-Mail: koch@kz-gedenkstaette-dachau.de Tel. (08131) 66997-0

# Veranstaltungshinweise

#### Bundesweite Gedenkstättenseminare

Nordhausen, 29.-31. Mai 2008

49. Bundesweites Gedenkstättenseminar

#### »Zwangsarbeit in Konzentrationslagern«

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung Topographie des Terrors, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Information: Thomas Lutz, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-15 | Fax (030) 254509-99 www.topographie.de | lutz@topographie.de

#### Veranstaltungen der Stiftung Topographie des Terrors

Berlin, 6. November 2007

Vortrag »Die Wehrmacht im Nationalsozialismus«

Referent: Jürgen Förster

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstr. 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99 www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 20. November 2007

Vortrag »Der Ulmer Prozess – SS-Einsatzgruppen vor Gericht.

Neuere Filme zur NS-Geschichte«

Referent: Eduard Erne

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstr. 7, Berlin-Kreuzberg

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-12 | Fax (030) 254509-99 www.topographie.de | info@topographie.de

#### Seminare, Tagungen

Gauting, 1.-4. November 2007

Seminar-Anti-Bias »Ein politisches Bildungskonzept gegen

Diskriminierung aus Südafrika«

Ort: Institut für Jugendarbeit des BJR / Gauting

Veranstalter: Jugendgästehaus Dachau, Pädagogische Leiterin,

Roßwachtstr.15, 85221 Dachau

Tel. (08131) 617712 | Fax (08131) 617719 www.igh-dachau.de | thimm@jgh-dachau.de

Berlin, 21. November 2007

Tagung »Grundlagen der politischen Bildungsarbeit in Gedenkstätten und Museen«

Ort: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Veranstalter: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,

Otto-Braun-Straße 70–72, 10178 Berlin Tel. (030) 2324-7200 | Fax (030) 2324-7210

www.stiftung-aufarbeitung.de

Bonn, 22.-24. November 2007

Werkstatt »Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen

zum Nationalsozialismus«

Veranstalter: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW,

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

Tel. (0201) 227982

www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Schmitten, 26.-28. November 2007

Tagung »Von Gott reden im Land der Täter.

Wie hat das Nachdenken über die Shoah die Kirche verändert?«

Ort: Evangelische Akademie Arnoldshain

Veranstalter: Evangelische Akademie Arnoldshain, Am Eichwaldsfeld 3,

61389 Schmitten

Tel. (06084) 95980 | Fax (06084) 9598138

www.evangelische-akademie.de | office@evangelische-akademie.de

Hamburg, 29. November - 2. Dezember 2007

Seminar »Aus ganz Europa nach Neuengamme«

Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bildungswerk der Humanistischen

Union NRW, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

Tel. (0201) 227982 | Fax (0201) 235505

www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Vilnius, 4.-5. März 2008

Conference »The Fourth Estate? Legal Status of the Jews in Early Modern Europe« Ort: Centre for Studies of the Culture and History of East European Jews, Vilnius Veranstalter: Centre for Studies of the Culture and History of East European Jews,

Vilnius; Lithuanian Institute of History, Jurgita Verbickiene, sv. Ignoto 5, Vilnius,

Lithuania

Tel. +37052623707 | Fax +37052623707

info@jewishstudies.lt

#### Ausstellungen

Dachau, 9. November 2007

»Indomitable Spirit - Unbezwingbarer Geist/Mark Strickland.

Ausstellungseröffnung«

Ort: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Veranstalter: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau,

Alte Römerstr. 87, 85221 Dachau

Tel. (08131) 13644

www.versoehnungskirche-dachau.de | versoehnungskirche@t-online.de

Dachau, 15. Januar - 29. Februar 2008

»Zweiter Weltkrieg und Holocaust: Regionale Ereignisse

und Erinnerung in Europa«

Ort: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Veranstalter: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau,

Alte Römerstr. 87, 85221 Dachau

Tel. (08131) 13644

www.versoehnungskirche-dachau.de | versoehnungskirche@t-online.de

#### Einzelveranstaltungen

Berlin, 2. November 2007

4. Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung

»Zeitgeschichte interkulturell - Historisch-politische Bildung

in der Einwanderungsgesellschaft«

Beginn 10 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V.

Veranstalter: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V.,

Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

Tel. (030) 75008400 | Fax (030) 75446634

www.enm-berlin.de | enm-berlin@gmx.de

Oranienburg, 8. November 2007

Vortrag »Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte,

aber jeder wissen konnte«

Referent: Dr. Bernward Dörner (Berlin)

Beginn 18 Uhr

Ort: Besucherinformationszentrum in Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Veranstalter: Stiftung Brandenburgische Gedenkstaetten, Dr. Horst Seferens,

Heinrich-Grueber-Platz, 16515 Oranienburg

Tel. (03301) 810920 | Fax (03301) 810926

www.stiftung-bg.de | seferens@stiftung-bg.de

Dachau, 15. November 2007

Filmpräsentation »Zivilcourage und Gottvertrauen -

Evangelische Opfer des NS-Regimes«

Beginn 19.30 Uhr

Ort: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Veranstalter: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau,

Alte Römerstr. 87, 85221 Dachau

Tel. (08131) 13644

www.versoehnungskirche-dachau.de | versoehnungskirche@t-online.de

Dorsten, 15. November 2007

Vortrag »Von der Leichtigkeit des Gedenkens.

Kritische Anmerkungen zu den ›Stolpersteinen‹«

Referentin: Dr. Ulrike Schrader (Wuppertal)

Beginn 19.30 Uhr

Ort: Jüdisches Museum Westfalen

Veranstalter: Jüdisches Museum Westfallen, Julius-Ambrunn-Straße 1,

46828 Dorsten

Tel. (02362) 45279 | Fax (02362) 45386

www.jmw-dorsten.de | info@jmw-dorsten.de

Dachau, 6. Dezember 2007

Vortrag und Buchpräsentation »Zwischen Himmel und Hölle -

Das Kommando ›Plantage‹«

Referentin: Daniella Seidl

Beginn 19.30 Uhr

Ort: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Veranstalter: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau,

Alte Römerstr. 87, 85221 Dachau

Tel. (08131) 13644

www.versoehnungskirche-dachau.de | versoehnungskirche@t-online.de

Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief Nr. 140/2007 ist der 16. November 2007. Hinweise werden berücksichtigt sofern aus Platzgründen möglich.

## Literatur

329km: Erinnerung – Absenz; Bilder einer kommemorativen Spurensuche zwischen Mauthausen und Nürnberg. Linz: XING, 2007. (XING 4(2007)7)

Amelsberg, Annkathrin: Helmut Hesse – Spuren eines Märtyrers der Bekennenden Kirche: Darstellung, Dokumente, Bilder. Berlin: Institut Kirche und Judentum, 2006. (Veröffentlichungen aus dem Institut Kirche und Judentum (VIKJ); 28). ISBN 3-923095-34-1

Antisemitismus und Demokratiefeindschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert: Festschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Horst Helas. Berlin: Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/ Antifaschismus. 2007

Behr, Martina: Die Nürnberger Prozesse: zur Bedeutung der Dolmetscher für die Prozesse und der Prozesse für die Dolmetscher. München: Meidenbauer, 2006. (InterPartes: Studien zur Dolmetschwissenschaft; 2). ISBN 3-89975-078-0

Belarus – unbekannte Mitte Europas: ein Handbuch über Belarus zur Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft; mit Reiseteil. Minsk: Verl. der Europäischen Humanistischen Universität Minsk, 2004. ISBN 3-929759-90-x

Bildung für Berlin: Berliner Wissenschaftseinrichtungen in der NS-Zeit / Frank Schulenberg [Red.]. Berlin: Senatsverwaltung für Bildung, Wiss. und Forschung, 2007

Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust: was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte. Berlin: Propyläen, 2007. ISBN 978-3-549-07315-5

DÖW – Katalog zur permanenten Ausstellung/ Brigitte Bailer-Galanda; Christa Mahany-Miterrutzner; Christine Schindler [Red.]. Wien: Braintrust, 2006. ISBN 978-3-901116-25-4

Erzwungener Freitod: Spuren und Zeugnisse von in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945 in Berlin. Berlin: Textpunkt Verl., 2007. ISBN 978-3-938414-45-3

Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus: Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten; Beiträge zum 5. Tag der Frauen- und Geschlechterforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle: Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, 2006. ISBN 3-86010-830-7 Grellert, Marc: Immaterielle Zeugnisse: Synagogen in Deutschland; Potentiale digitaler Technologien für das Erinnern zerstörter Architektur. Bielefeld: Transcript, 2007. (Kultur- und Museumsmanagement). Hochschulschrift: Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Diss. ISBN 978-3-89942-729-5

Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Göttingen: Wallstein, 2007. (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus; 15). Bd. 1. S. 1-668; Bd. 2. S. 674-1397. ISBN 978-3-8353-0108-5

The handbook of reparations. Oxford: University Press, 2006. ISBN 978-0-19-929192-2

Hohmann, Christine: Dienstbares Begleiten und später Widerstand: der nationale Sozialist Adolf Reichwein im Nationalsozialismus. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 2007. (Klinkhardt Forschung). Hochschulschrift: Zugl.: Wuppertal, Univ., Diss., 2006. ISBN 978-3-7815-1510-9

Konzentrationslager Flossenbürg 1938–1945: Ausstellung, Eröffnung am 22. Juli 2007. 2007

Kranz, Tomasz: Extermination of Jews at the Majdanek concentration camp. Lublin: Panstwowe Muzeum na Majdanku, 2007. ISBN 978-83-925187-0-9

Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Graz: Clio, 2007. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz; 1). ISBN 978-3-902542-04-5

Das letzte Tabu: NS-Militärjustiz und »Kriegsverrat«. Berlin: Aufbau-Verl.-Gruppe, 2007. ISBN 978-3-351-02654-7

Loose, Ingo: Kredite für NS-Verbrechen: die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945. München: Oldenbourg, 2007. (Studien zur Zeitgeschichte; 75). ISBN 978-3-486-58331-1

Meindl, Ralf: Ostpreußens Gauleiter: Erich Koch – eine politische Biographie. Osnabrück: fibre, 2007. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau; 18). Hochschulschrift: Universität Freiburg, Diss., 2006. ISBN 978-3-938400-19-7

Niemetz, Daniel: Das feldgraue Erbe: die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin: Links, 2006. (Militärgeschichte der DDR; 13). Hochschulschrift: Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2006. ISBN 3-86153-421-5

Opfer der NS-Psychiatrie: Gedenken in Niedersachsen und Bremen. Marburg: Tectum, 2007. ISBN 978-3-8288-9312-2

Out of the depths I cry ... Lodz: Se-ma-for Film Production, 2005

Pampel, Bert: »Mit eigenen Augen sehen, wozu der Mensch fähig ist«: zur Wirkung von Gedenkstätten auf ihre Besucher. Frankfurt am Main; New York: Campus, 2007. (Campus Forschung; 924). ISBN 978-3-593-38384-2

The politics of memory in postwar Europe. Durham; London: Duke University Press, 2006. ISBN 978-0-8223-3802-4

Reiter, Margit: Die Generation danach: der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis. Innsbruck; Wien; Bozen: StudienVerl., 2006. ISBN 978-3-7065-1940-3

Rudolph, Jörg: Hingerichtet in Moskau: Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950–1953. Berlin: Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 2007. (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; 23). ISBN 978-3-934085-26-8

Schelvis, Jules: Sobibor: a history of a Nazi death camp. Oxford; New York: Berg Publishers Ltd., 2007. ISBN 978-1-84520-418-1

Shimshi, Siona: Lire les Murs: un document culturel et visuel. Tel-Aviv: Kalpress, 2007. ISBN 965-7270-50-2

Tätigkeitsbericht 2005–2006/Hans Walter Hütter; Peter Hoffmann. Bonn: Stiftung Haus der Geschichte, 2007

Taitz, Emily: Holocaust survivors: biographical dictionary. Westport, CT; London: Greenwood Press, 2007. – 2 Teilbände. Teil 1: S.1–321; Teil 2: S.324–676. ISBN 978-0-313-3367-8 [Przesiedlenie ludnosci polskiej z Kresów Wschodnich do Polski 1944 1947 < dt.>] Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944–1947. – Marburg [u.a.]: Verl. Herder-Inst. [u.a.], 2006. (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas; 6). ISBN 3-87969-323-4

Urban, Markus: Die Konsensfabrik: Funktion und Wahrnehmung der NS-Reichsparteitage, 1933–1941. Göttingen: V & R Unipress, 2007. Hochschulschrift: Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 2006. ISBN 978-3-89971-366-4

Vor der Vernichtung: die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Campus, 2007. (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts; 15). ISBN 978-3-593-38371-2

»Was damals Recht war ...«: Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht; Wanderausstellung. Berlin, 2007

Westphalen, Tilman: 20 Jahre Erich Maria Remarque-Gesellschaft in Osnabrück: eine Stadt und ihr weltberühmter Autor im Bewusstseinswandel von zwei Jahrzehnten. Sonderdr. aus Erich Maria Remarque Jahrbuch XVI(2006). Osnabrück, 2006

Wilhelmstraße Nr. 54: der Berliner Dienstsitz des BMELV; ein Haus – mehr als 100 Jahre Geschichte. Berlin, 2007

Winkelmann, Joachim: Eduard F. Pulvermann: 1882–1944; Geschichte eines Hamburger Kaufmanns und Reiters/Lilian Neunhoeffer [Illustrator]. Hamburg; München: Poesel Press, 2007. ISBN 978-3-00-021235-2

Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus: Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des »Dritten Reichs«. Frankfurt am Main: Klostermann, 2006. (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 199). (Das Europa der Diktatur; 9). ISBN 3-465-03447-3

Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939-1945: Wegweiser zu Lagerstandorten und Einsatzstätten ausländischer Zwangsarbeitskräfte basierend auf einer Datenbank von Friederike Littmann. Hamburg, 2007. ISBN 3-929728-84-2

## Gedenkstätten im Internet

#### GedenkstättenForum ■ www.gedenkstaettenforum.de

Seit 2002 ist das Gedenkstätten Forum im Internet. Das von der Stiftung Topographie des Terrors konzipierte Online-Forum wurde auf die speziellen Bedürfnisse der Gedenkstätten zugeschnitten und dient als interaktive Kommunikations-Plattform mit: Täglicher Presseschau, Veranstaltungshinweisen, Hinweisen und Besprechungen von Publikationen, Beiträgen des GedenkstättenRundbriefs, Projekthinweisen, PublicNewsgroup, Netzwerkforum, Linksammlung, IC MEMO.

#### Internationale Gedenkstättenübersicht www.gedenkstaetten-uebersicht.de

Eine weltweite Gedenkstättenübersicht der bedeutendsten Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen, erweitert die seit fünf Jahren zu Deutschland bestehende Übersicht. Dieser bisher einzigartige Überblick ist nach Kontinenten und Ländern sowie inhaltlichen Kriterien sortiert.

Die Einzeldarstellungen der Gedenkstätten bieten kurze historische Informationen zu den jeweiligen Orten, eine Beschreibung der Tätigkeiten der Einrichtungen, Links zu den Homepages, Anfahrtshinweise sowie Adressen. Neben diesen Darstellungen werden auch die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Erinnerungsorte sichtbar. Die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors bietet grundlegende Informationen ebenso wie sie die Basis für eine weltweite Vernetzung der Gedenkorte darstellt. Die englische Sprachfassung ist direkt zu finden unten www.memorial-museums.net.

#### Gedenkkulturen – ein Netzwerk ■ www.cultures-of-remembrance.net

Die Homepage "Gedenkkulturen – ein Netzwerk" der Stiftung Topographie des Terrors bietet – über Landesgrenzen hinweg – die Basis für einen Dialog zu den verschiedenen Erinnerungskulturen. Anhand von kurzen Überblickstexten werden die Erinnerungsdiskurse in zahlreichen Ländern aufgezeigt und durch wissenschaftliche Abhandlungen ergänzt. Anhand von Stichworten lassen sich die Texte aus verschiedenen Ländern miteinander in Beziehung setzen. Jeder Leser kann unmittelbar Kommentare zu den Beiträgen abgeben.

Ein Glossar ergänzt die Darstellung. Um eine breite und internationale Leserschaft zu erreichen sowie eine Diskussion untereinander zu ermöglichen, sind die Texte in der Regel in Englisch, zumeist in den jeweiligen Landesprachen und teilweise auch in Deutsch veröffentlicht.

#### Stiftung Topographie des Terrors ■ www.topographie.de

Die Webseite der Stiftung Topographie des Terrors bietet historische Informationen zu den Zentralen des NS-Terrors auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« in Berlin sowie zur Entwicklung der Stiftung und zum Dokumentationszentrum. Darüber hinaus bietet die Homepage Hinweise zu Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Publikationen und ein Ausstellungstagebuch. Die Beiträge sind in deutsch und englisch verfüg-